

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

65. Jahrgang · 13/2015 · 23. März 2015



Bismarck

Andrea Hopp

Warum Bismarck?

Andreas Wirsching

Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“

Volker Ullrich

Der Mythos Bismarck und die Deutschen

Sandrine Kott

Bismarck-Bilder in Frankreich und Europa

Tilman Mayer

Was bleibt von Bismarck?

Jürgen Zimmerer

Bismarck und der Kolonialismus

Editorial

Otto von Bismarck zählt zu den umstrittensten Figuren der deutschen Geschichte. An seinem Wirken als preußischer Ministerpräsident, „Reichseiniger“ und erster deutscher Kanzler schieden sich schon die Geister seiner Zeitgenossen: Während ihn die einen als Architekten des deutschen Nationalstaates und geschickten Diplomaten verehrten, sahen die anderen in ihm einen machiavellistischen Machtpolitiker und Reaktionär. Auch im Urteil der Nachwelt gilt er ebenso als Pionier des modernen Wohlfahrtsstaates wie als Inkarnation des preußischen Konservatismus und Militarismus – und manchen gar als Wegbereiter der Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Der bereits zu Bismarcks Lebzeiten entstandene Kult um seine Person wurde nach seinem Tod von nationalistischen und antidemokratischen Kräften instrumentalisiert: Als martialischer Recke inszeniert, bot der „Eiserne Kanzler“ eine ideale Projektionsfläche für imperialistische Ambitionen und, nach dem Ersten Weltkrieg, für die Sehnsucht nach vergangener Größe, die schließlich die Nationalsozialisten für ihre Symbolpolitik zu nutzen wussten. Inwiefern die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus aus der Entwicklungslogik des von Bismarck geschaffenen deutschen Nationalstaates resultierte, wurde in der Geschichtswissenschaft lange heftig diskutiert.

Am 1. April 2015 jährt sich Bismarcks Geburtstag zum zweihundertsten Mal. Über ein Jahrhundert nach seinem Tod ist der erste deutsche Kanzler nach wie vor im Alltag präsent: In Deutschland erinnern Denkmäler und Türme an ihn, überall auf der Welt sind Straßen, Plätze oder Apotheken nach ihm benannt – sogar eine Heringsspezialität trägt seinen Namen. Dennoch sind Bismarck und sein Wirken heute im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte. Denn jenseits von Glorifizierung und Verdammnis hat sich in der historischen Forschung der vergangenen Jahrzehnte eine differenzierte Betrachtung von Person und Werk im Kontext ihrer Zeit durchgesetzt.

Anne-Sophie Friedel

Warum Bismarck?

Von dem US-amerikanischen Soziologen George Herbert Mead stammt die Aussage, dass „jede Generation ihre Geschichte neu“ schreibt. Hinzuzufügen wäre, dass dies vor dem Hintergrund jeweils unterschiedlicher „Erfahrungsräume“ und „Erwartungshorizonte“ geschieht.[¶] Letztere sind dafür verantwortlich, dass von Generation zu Generation die Vergangenheit neu auf dem Prüfstand steht und mit ihr das, was für die Gegenwart als erinnerenswert und erinnerungsrelevant betrachtet wird – mithin auch jene Ereignisse und Personen, die als solches gelten und auf diese Weise zu „Erinnerungsorten“[¶] werden. Als Fixpunkte aus der Vergangenheit sind sie infolgedessen keine statischen Größen: Erinnerungsorte wandeln den ihnen beigelegten Sinn mit den Kontexten und Bezügen, in denen sie stehen. „Bedeutungszuschreibungen“ ändern sich „im Laufe der Zeit“, genauso wie „Akteure und Zielpublikum, Akzeptanz und Konfliktträchtigkeit variieren“.[¶] Dies trifft auch auf den ersten deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) zu: verehrt und umstritten, immer wieder politisch vereinnahmt, zusehends touristisch vermarktet, kontinuierlich erforscht. Wie jüngst der Historiker Eberhard Kolb herausstellte, bleibe dabei auch in der „historischen Einordnung (...) sein Bild durch scharf kontrastierende Bewertungen gekennzeichnet“ – aufgrund der unterschiedlichen Beurteilung seines „Erbes“ einerseits und des Bismarck-Mythos andererseits.[¶]

Andrea Hopp
Dr. phil., geb. 1963; Leiterin
der Otto-von-Bismarck-Stiftung
Schönhausen, Kirchberg 4–5,
39524 Schönhausen (Elbe).
ahopp@bismarck-stiftung.de

Jahrestage allein sind also noch kein zwingender Grund für die Beschäftigung mit einer historischen Person. Die Aktivitäten rund um Bismarcks zweihundertsten Geburtstag am 1. April 2015 zeigen jedoch einmal mehr das fortbestehende Interesse an ihm. Sie reichen von wissenschaftlichen Konferenzen und Publikationen über wissenschaftlich begleitete Ausstellungen bis hin zur Sonderbriefmarke und zum Tourismusangebot. In der Presse war zum Jahreswechsel 2014/15 mit Blick auf Ersteres süffisant von „Historiker-Festspielen“ die

Rede, fand sich die Überschrift „Ein Mann des Jahres?“ oder wurde gar lakonisch konstatiert: „Worauf auch immer wir in der deutschen Geschichte stolz sein können, er war dagegen.“[¶] Diese unübersehbare Ironie zeugt von unaufgeregter Distanz zum Gegenstand, nimmt aber doch auch Bezug darauf, dass mit einer Vielzahl von Akteuren gerechnet wird, die ebenso wenig wie deren Angebote ein einheitliches Bild abgeben. Insofern können Jahrestage auch Anlässe für einen prüfenden Rückblick sein. Angesichts der Wechselwirkung von öffentlicher Meinung und Expertenwissen ist es daher nicht nur legitim, sondern sogar unerlässlich zu fragen, welche Bedeutung Otto von Bismarck 2015 aus wissenschaftlicher Sicht beigemessen wird, und, eng damit verknüpft, welche Rolle ihm dementsprechend im Bereich der historisch-politischen Bildung zukommt.

Schlüsselfigur des 19. Jahrhunderts

Betrachtet man Bismarcks biografisches Grundgerüst, so liegt die Aufmerksamkeit, die er gegenwärtig genießt, nicht unbedingt auf der Hand. Er war ein preußischer Adliger, dessen aus der Stadt Stendal stammende Vorfahren seit 1562 als Gutsherren im altmärkischen Schönhausen lebten. 1846 übernahm er dort als Deichhauptmann ein für den Landadel gängiges erstes öffentliches Amt und trat 1847 im preußischen Vereinigten Landtag als hochkonservativer Nachwuchspolitiker in Erscheinung, ehe er vier Jahre später preußischer Diplomat wurde und 1862 Ministerpräsident von Preußen. Seit 1847 war er verheiratet mit Jo-

[¶] Vgl. George H. Mead, *Das Wesen der Vergangenheit*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze*, Bd. 2, hrsg. von Hans Joas, Frankfurt/M. 1987 (1929), S. 337–346, hier: S. 344; zu „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ als Rezeptions- und Deutungskategorien vgl. Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1992², S. 349–375.

[¶] Vgl. Pierre Nora (Hrsg.), *Les lieux de mémoire*, Paris 1984–1992.

[¶] So im Kontext von Gedenktagen Harald Schmid, *Erinnern an den „Tag der Schuld“*. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001, S. 47.

[¶] Eberhard Kolb, *Otto von Bismarck. Eine Biographie*, München 2014, S. 175.

[¶] In der genannten Reihenfolge: Georg Meck, *Die Köpfe des Jahres 2015*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)* vom 28.12.2014, S. 30; Albert Funk, *Ein Mann des Jahres?*, in: *Tagesspiegel* vom 4.1.2015, S. 3; Nils Minkmar, *Urahn der Putinfreunde*, in: *FAS* vom 4.1.2015, S. 34.

hanna von Puttkamer, wurde Vater dreier Kinder und schließlich Besitzer dreier Landgüter. Auf einem davon, Friedrichsruh, starb er am 30. Juli 1898 und wurde dort auch beigesetzt.¹⁶

Dass Bismarcks Leben und Werk auch im 21. Jahrhundert noch als bedeutsam und daher erinnerungsrelevant eingestuft werden, resultiert aus seinem letzten Karriereschritt vom preußischen Ministerpräsidenten zum deutschen Reichskanzler. Eng verbunden mit dieser Phase seines Wirkens ist die Gründung des Kaiserreiches von 1871, die nach wie vor als ein klassischer Markstein der deutschen Geschichte und Geschichtsschreibung gilt. Denn mit ihr waren fraglos grundlegende Weichenstellungen verbunden, leitete die Reichsgründung doch zugleich einen langfristigeren Transformationsprozess ein. Eine politische Schlüsselfigur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Bismarck darum gewiss, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Außenpolitisch bezieht sich dies auf die Neuordnung der europäischen Kräfteverhältnisse. Innenpolitisch trieb er den Auf- und Ausbau des neugegründeten Staates voran und stellte mit Justiz- und Wirtschaftsreformen sowie in Verwaltungsstruktur und Sozialverfassung die Weichen für den Durchbruch der Moderne. Diese Schlüsselrolle in der deutschen wie in der europäischen Politik ist ohne Zweifel ein Grund, sich anlässlich seines zweihundertsten Geburtstages mit dem Wirken des Staatsmannes Otto von Bismarck auseinanderzusetzen.

Neue Perspektiven

Dabei gilt die Aufmerksamkeit zugleich dem 19. Jahrhundert und damit einer Zeit, die in praktisch allen Lebensbereichen eine des Umbruchs und des Übergangs war. Diese kombinierte Betrachtung von Person und Zeit hat sich unterdessen in der geschichtswissenschaftlichen Forschung durchgesetzt. Bismarck und sein politisches Werk werden in ihren historischen Zusammenhängen verortet, wodurch er – jenseits kultureller Erhöhung – „eine normal-menschliche Dimension“ annimmt.¹⁷ Um die-

¹⁶ Zur Familiengeschichte Bismarcks vgl. Ernst Engelberg, *Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer*. Berlin 1988³, S. 1–84.

¹⁷ Formulierung beispielsweise bei Beate Althammer, *Das Bismarckreich 1871–1890*, Paderborn u.a. 2009, S. 266.

se Einordnung Bismarcks in sein Jahrhundert kommt keine Biografie mehr umhin.¹⁸

Eine Historisierung von Person und Werk wird nicht nur durch die seit Bismarcks Leben verflossene Zeitspanne begünstigt, sondern auch durch den zu Beginn des 21. Jahrhunderts gewandelten Blick auf Deutschland, Europa und die Welt. Während im 19. Jahrhundert noch Nationalstaaten die größten vorstellbaren „politischen Ordnungseinheiten menschlichen Zusammenlebens“ waren und abgesehen davon um 1900 auch die einzigen, „die weltweit ins Gewicht fielen“,¹⁹ sind heute weit umfassendere Zusammenschlüsse unterschiedlichsten Zuschnitts denkbar beziehungsweise bereits realisiert. Entsprechend hat sich auch der geschichtswissenschaftliche Horizont von einer sinnstiftenden nationalstaatlich fokussierten Erfolgsgeschichte des eben Erreichten hin zur Frage nach der Rolle Deutschlands im Europa des 19. Jahrhunderts verlagert. In signifikanter Weise kam dieses heutige Selbstverständnis bereits 1990 zum Ausdruck, als die erste große Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin „Bismarck: Preußen, Deutschland und Europa“ thematisierte und Bismarck mithin im europäischen Kontext verortete.¹⁰

Überdies haben sich sowohl die Fragestellungen als auch die methodischen Herangehensweisen der Geschichtsschreibung enorm verändert und aufgefächert. Verbunden mit der transnationalen beziehungsweise vergleichenden Perspektive – die auch die Zusammenarbeit von Historikerinnen und Historikern aus verschiedenen Ländern einschließt – leistet dies einen weiteren Beitrag zu einer nüchterneren Betrachtung

¹⁸ Für die spätere Forschung wegweisend Lothar Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Neuausgabe, Berlin 1997, S. 17–25; eine detaillierte Einbettung in den historischen Kontext auch bei Otto Pflanze, *Bismarck*, Bd. 1: *Der Reichsgründer*, sowie Bd. 2: *Der Reichskanzler*, München 1998; jüngst E. Kolb (Anm. 4), S. 7 ff.; mit dem Anspruch der Einbettung in die europäische Geschichte Christoph Nonn, *Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert*, München 2015.

¹⁹ Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 565.

¹⁰ Vgl. Bismarck – Preußen, Deutschland und Europa, Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, Berlin 1990.

Bismarcks.¹¹ Eines der Resultate der größeren Bandbreite untersuchter Aspekte ist ein vielfältigeres und weniger auf eindeutige Entwicklungen festgelegt erscheinendes Bild von Bismarcks Zeit.

Aus dem beschriebenen Perspektivwandel und den damit zusammenhängenden neuen Interessengebieten und Fragestellungen resultiert auch eine neu ausgerichtete, intensivierete Grundlagenforschung.¹² Dabei wird durch die Berücksichtigung eines breiten Spektrums von Quellenbeständen das Panorama des politischen „Tagesgeschäfts“ Bismarcks in ein klareres Licht gerückt. Besser erkennbar wird auf diese Weise, welche Position er tatsächlich innerhalb des monarchischen Herrschaftsgefüges einnahm. Denn so fraglos Bismarck das politische System und die politische Kultur prägte, war er doch dem Kaiser gegenüber verantwortlich, musste er vor ihm Rechenschaft ablegen und ihn von seiner Politik überzeugen.¹³ Daher endete die Ära Bismarck schließlich nicht allein, weil das „System Bismarck“ nicht mehr funktionierte und es etlichen Zeitgenossen überholt erschien, sondern weil allen voran Kaiser Wilhelm II. dieser Ansicht war. Nach mehreren schweren Konflikten, unter anderem um ein unbefristetes Sozialistengesetz, entließ er Bismarck am 20. März 1890.

Unfreiwillig fortschrittlich

Gleichwohl besteht kein Zweifel daran, dass Probleme wie Lösungen in Deutschland und Europa in diesem Zeitalter des Übergangs mit

¹¹ Vgl. etwa Klaus Hildebrand/Eberhard Kolb (Hrsg.), *Bismarck im Spiegel Europas*, Paderborn u. a. 2006, mit Beiträgen von Historikerinnen und Historikern aus ganz Europa; innovativ hinsichtlich der Auswertung sonst weithin übergangener Quellenbestände beispielsweise Guido Thiemeyer, *Internationalismus als Vorläufer wirtschaftlicher Integration? Otto von Bismarck, das Phänomen der Supranationalität und die Internationalisierung der Wirtschaft im 19. Jahrhundert*, in: Ulrich Lappenküper/Guido Thiemeyer (Hrsg.), *Europäische Einigung im 19. und 20. Jahrhundert. Akteure und Antriebskräfte*, Paderborn u. a. 2013, S. 71–93.

¹² Vgl. etwa, seit 2004 erscheinend, *Otto von Bismarck, Gesammelte Werke*, Neue Friedrichsruher Ausgabe, Paderborn u. a.

¹³ Zum Forschungsdesiderat einer systematischen Untersuchung der „Herrschaftspraxis im frühen Kaiserreich“ vgl. Hans-Peter Ullmann, *Politik im deutschen Kaiserreich 1871–1918*, *Enzyklopädie deutscher Geschichte*, Bd. 52, München 1999, S. 68.

der Person Bismarcks aufs Engste verknüpft waren. Als historische Leistung bleibt festzuhalten, dass Bismarck in dieser Umbruchphase die Umsicht besaß, auf Kernprobleme mit Initiativen zu reagieren, die weit über seine Zeit hinaus für Politik und Gesellschaft nicht an Bedeutung verloren. Eine „List der Geschichte“ ist es indessen, dass er mit eben diesen Maßnahmen konsequent das Ziel verfolgte, das hergebrachte Gesellschaftsideal einer vergangenen Epoche zu bewahren, stattdessen aber – einem „Zauberlehrling“ gleich – unbeabsichtigt in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Moderne zum Durchbruch verhalf.¹⁴

Dieses Paradox gilt vor allem für zwei der wichtigsten zukunftsweisenden innenpolitischen Errungenschaften. Zum einen war etwa die Verfassung von 1867/71 sein Werk und sah ein Parlament vor, das auf einem allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrecht basierte. Vergeblich versprach sich Bismarck davon jedoch nicht zuletzt die Mobilisierung der konservativen, königstreuen Wählerschichten gegen das liberale Bürgertum. Zum anderen sollte die Sozialgesetzgebung mit ihren Facetten einer Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung freilich der „Daseinsvorsorge“ dienen – und zwar, was neu war, als Aufgabe des gerade erst geschaffenen bürokratischen Interventionsstaates. Seine Bemühungen, den offensichtlichen Herausforderungen des Zeitalters der Industrialisierung und der Urbanisierung zu begegnen, verband Bismarck jedoch mit dem Ziel, der Sozialdemokratie durch Staatsbindung das Wasser abzugraben. Die dahintersteckenden Polarisierungsabsichten sowie jene, die auch den Kulturkampf gegen den politischen Katholizismus oder das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ begleiteten, blieben nicht ohne langfristige Nachwirkungen. Noch 1988 betonte der Historiker Lothar Gall, dass all jene, „auf denen der politische Grundkonsens der Bundesrepublik“ beruhe – er meinte damals Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten –, „bei aller gelassenen Distanz nicht vergessen, dass ihre politischen Vorväter Bismarcks ‚Reichsfeinde‘ waren“.¹⁵

¹⁴ Die Überschrift „Der Zauberlehrling“ trägt das dritte Kapitel bei L. Gall (Anm. 8), S. 529–845; zum Geburtshelfer der Moderne „wider Willen“ ebd., S. 844f.

¹⁵ Ders., *Die Deutschen und Bismarck*, in: Ralph Melville et al. (Hrsg.), *Deutschland und Europa in der Neuzeit*, Stuttgart 1988, S. 525–536, hier: S. 536.

Die außenpolitische Bilanz fällt aus heutiger Sicht besser aus, wenn auch nicht in Bezug auf die Reichsgründung „durch Eisen und Blut“ infolge dreier Kriege (gegen Dänemark 1864, Österreich 1866 und Frankreich 1870/71), sondern auf die nachfolgende Politik des Maßhaltens und den damit verbundenen Appell an die Solidarität der Mächte für Frieden und Sicherheit in Europa. Dem Historiker Jürgen Osterhammel zufolge sind in allen Zivilisationen die „Stifter und Bewahrer des Friedens“ im Urteil der Nachwelt stets Eroberern vorgezogen worden. Doch „wem beides gelang, dem war das höchste Ansehen gewiss: ein Reich erobert und ihm dann Frieden gebracht zu haben.“¹⁶ Otto von Bismarck wird – wenn auch nicht als „Eroberer“, so doch als „Reichsgründer“ – Anspruch auf beides attestiert.

Die „nationalstaatliche Einheit“ erreichte er in „einem begrenzten Rahmen“, der „für das europäische Umfeld gerade noch verträglich war“.¹⁷ Danach erhob er, von Sicherheitsinteressen geleitet, das Prinzip der „Saturiertheit“ des kleindeutschen Nationalstaates zum Gebot. Dass er zum selben Zweck auch ein Bündnissystem auf den Weg brachte, für das die Nachbarn Österreich und Russland zentral waren, lag am gestörten Verhältnis zu Frankreich. Sein Ziel war es, einen Zweifrontenkrieg gegen den Nachbarn im Westen und Russland unbedingt zu vermeiden.¹⁸ Dieses Bündnis war indessen, so Lothar Gall, weniger „Krönung souveräner Staatskunst“ als ein „System von Aushilfen“, das dazu dienen sollte, den *cauchemar des coalitions* zu bannen – den Albtraum der Koalitionen, der Bismarck nie losließ.¹⁹ Die Notwendigkeit, sich auf diese Weise Bündnispartnerschaften zu sichern, resultierte aus der „halbhegemonialen Stellung“ (Ludwig Dehio) des neu gegründeten Nationalstaates im damaligen

Europa.²⁰ Weit entfernt von heutigen Vorstellungen europäischer Zusammenarbeit und Gemeinschaft war er Gefährdungen, auch durch Kriege, ausgesetzt, wie man sie unterdessen – eigentlich – überwunden glaubte.

Mythos und Dämon

Was bei seiner Entlassung niemand vermutet hätte: Länger noch als Bismarcks Amtszeit dauerte sein Nachleben als Mythos.²¹ Dieses nahm seinen Anfang, als die Absicht des jungen Kaisers Wilhelm II. fehlschlug, „sein eigener Kanzler“ zu sein und innen- wie außenpolitisch einen „neuen Kurs“ einzuschlagen. Bismarcks Stellenwert als nationale traditions- und legitimationsstiftende Projektionsfläche für ganz unterschiedliche Interessen hat sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein behauptet: während des Ersten Weltkrieges hundert Jahre nach seiner Geburt, auf Kriegsbroschüren als „Eiserner Kanzler“ in Kürassieruniform und Held der Einigungskriege; in der Weimarer Republik sowohl als moderater, umsichtiger Friedensbewahrer als auch als Galionsfigur der Republikgegner; und im Nationalsozialismus aufgrund dieser ungebrochenen Anziehungskraft „als Lockvogel für die politische Rechte und für das nationale Bürgertum“.²² Diese politische Vereinnahmung trug ihren Teil zu einer Distanzierung von Bismarck nach 1945 bei. In der Bundesrepublik überwog Zurückhaltung,²³ in der DDR war die Trendwende radikal. Die Auswirkungen lassen sich im geteilten Deutschland an zwei zentralen mit Bismarck verbun-

¹⁶ Vgl. Hildebrand (Anm. 17), S. 13–33.

¹⁷ Siehe auch Volker Ullrichs Beitrag in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹⁸ L. Gall (Anm. 15), S. 532; vgl. auch Christoph Studt, Das Bismarckbild der deutschen Öffentlichkeit (1898–1998), Friedrichsruh 1999; Robert Gerwarth, The Bismarck Myth. Weimar Germany and the Legacy of the Iron Chancellor, Oxford 2005; Richard E. Frankel, Bismarck's Shadow. The Cult of Leadership and the Transformation of the German Right, 1898–1945, Oxford 2005; Christoph Nübel, Der Bismarck-Mythos in den Reden und Schriften Hitlers. Vergangenheitsbilder und Zukunftsversprechen in der Auseinandersetzung von NSDAP und DNVP bis 1933, in: Historische Zeitschrift, 298 (2014), S. 349–380.

¹⁹ Vgl. den auch mit einem Hinweis auf die (west-)deutsche Öffentlichkeit versehenen Sammelband zum Stand der Nachkriegshistoriografie von Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln–Berlin 1971.

¹⁶ J. Osterhammel (Anm. 9), S. 566.

¹⁷ Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Durchgesehene Ausgabe, Berlin 1999, S. 20.

¹⁸ Vgl. Otto von Bismarck, Gesammelte Werke, Neue Friedrichsruher Ausgabe, Abt. III: Schriften 1871–1898, Bd. 8: 1888–1890, Paderborn u.a. 2014, beispielsweise die Dokumente Nr. 92 und 160.

¹⁹ L. Gall (Anm. 8), S. 689. Zur Außenpolitik der Ära Bismarck vgl. Konrad Canis, Bismarcks Außenpolitik 1870 bis 1890. Aufstieg und Gefährdung, Paderborn u.a. 2004.

denen Erinnerungsorten aufzeigen: an seinem Geburtsort Schönhausen im Osten und seinem Sterbeort Friedrichsruh im Westen.

Friedrichsruh war schon zu Bismarcks Lebzeiten Schauplatz des Kultes um seine Person gewesen und nach dem Untergang der Monarchie vermehrt ein Ort antirepublikanischer Bekenntnisse.¹⁴ Anlässlich Bismarcks 150. Todestag im Jahr 1965 war es indessen ruhig geworden im Sachsenwald. „Die Welt“ vom 4. April 1965 vermerkte unter der Überschrift „Der Eiserne Kanzler – rostfrei“ eine „Bismarck-Feier in Friedrichsruh“ als ein geradezu „rührendes Schauspiel“. Dies korrespondierte mit vergleichsweise wenig Aufsehen auf der Bundesebene.¹⁵ Währenddessen wurden nicht nur in Bismarcks Geburtsort Schönhausen, sondern überall in der DDR sämtliche Bismarck-Straßen umbenannt. Die ihm zu Ehren errichteten Denkmäler, Säulen und Türme verfielen oder wurden neu genutzt. Nach langen Debatten wurde überdies 1958 in Schönhausen Bismarcks Geburtshaus gesprengt, als Konsequenz des Erlasses Walter Ulbrichts aus dem Jahr 1948, die Spuren adliger Existenz auf dem Land zu beseitigen.¹⁶

Mittlerweile sind Friedrichsruh (seit 1997) und Schönhausen (seit 2007) Standorte der Otto-von-Bismarck-Stiftung, eine der fünf Politikergedenkstätten des Bundes, die am historischen Ort unter dem Motto „Biografien erzählen – Geschichte entdecken“ einen Bildungsauftrag erfüllen und sich gleichzeitig der wissenschaftlichen Forschung widmen.

¹⁴ Vgl. Andrea Hopp, Otto von Bismarck in Friedrichsruh – Ort und Politik der Erinnerung, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 32 (2004) 3–4, S. 231–242; zu Weimarer Republik und Nationalsozialismus Sandrine Kott, Bismarck, Paris 2003, S. 130f., S. 135.

¹⁵ Ch. Studt (Anm. 22), S. 21. Zwar gab 1965 die Deutsche Bundespost eine Sonderbriefmarke heraus und die Bundesregierung veranstaltete eine Gedenkfeier. Bundeskanzler Ludwig Erhard übte sich jedoch in seiner kurzen Ansprache in expliziter Distanz, als er hervorhob, die Bundesrepublik sei „fern davon“, ihren „Willen zur Wiedervereinigung mit der Idee des Reiches Bismarckscher Prägung“ zu verknüpfen; vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 59 vom 2. 4. 1965.

¹⁶ Zu Schönhausen vgl. Andrea Hopp/Katja Gosdek, Schönhausen: Geschichte erleben an Bismarcks Geburtsort, in: Ulrich Lappenküper/Andreas von Seggern (Hrsg.), Bismarck-Erinnerungsorte. Ein Begleiter durch die Museen in Friedrichsruh und Schönhausen, Friedrichsruh 2010, S. 109–117, hier: S. 112.

Allesamt informieren sie vor dem historischen Hintergrund der jeweiligen geschichtlichen Epoche über Lebenswege, politisches Denken und Wirken sowie das jeweilige „historische Erbe“ der einzelnen Staatsmänner.¹⁷ Da es mittlerweile zu den Forderungen der Geschichtsdidaktik zählt, neben dem Lernort Schule auch andere didaktische Situationen für das historische Lernen einzubeziehen, steigt die Bedeutung derartiger Lernorte, die zudem die Möglichkeit bieten, am historischen Ort vorhandene Quellen aufzugreifen.

Bismarck in der historisch-politischen Bildung

Was als Wissenschaftsstandard oben beschrieben wurde, wird als Kompetenzorientierung zum „Paradigma des 21. Jahrhunderts“ im Schulunterricht. Dort wie in der historisch-politischen Bildung insgesamt hat sich mittlerweile der nüchterne historisierte Blick auf Bismarck durchgesetzt.¹⁸ Dazu zählen auch das Hinterfragen gängiger Bismarck-Bilder sowie die Auseinandersetzung mit Erinnerungsorten. Die Präsenz Bismarcks im „kollektiven Geschichtsbewusstsein“ als eine zentrale Kategorie der Geschichtsdidaktik macht ihn im Hinblick auf die didaktische Zielsetzung, die Metaebene der „Geschichte hinter der Geschichte“ anzusprechen, sogar besonders interessant.¹⁹

Ein Beispiel für eine im Schulunterricht realisierte transnationale Perspektiverweiterung bietet das in Deutschland und Frankreich parallel erscheinende deutsch-französische Geschichtsbuch. Der zweite Band vergleicht die politische

¹⁷ Zu den fünf Politikergedenkstätten des Bundes für Konrad Adenauer in Rhöndorf, Friedrich Ebert in Heidelberg, Theodor Heuss in Stuttgart, Willy Brandt in Berlin und Lübeck sowie Otto von Bismarck in Friedrichsruh und Schönhausen vgl. www.politikergedenkstaetionen.de.

¹⁸ Vgl. Waltraud Schreiber, Kompetenzorientierter Geschichtsunterricht am Beispiel Otto von Bismarck, in: Markus Raasch (Hrsg.), Die deutsche Gesellschaft und der konservative Heroe. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit, Aachen 2010, S. 315–344, hier: S. 324.

¹⁹ Dies war Gegenstand eines Schulprojekts mit der Otto-von-Bismarck-Stiftung; vgl. Martin Liepach, Schule und Erinnerungsort, Friedrichsruh 2007, S. 13; ders., Bismarck – Dekonstruktion eines Mythos, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 32 (2004) 3–4, S. 242–248.

Entwicklung Frankreichs und Deutschlands zwischen 1870 und 1914 und integriert darin die Betrachtung Bismarcks. Gefragt wird beispielsweise einerseits, wie sich die republikanische Ordnung in Frankreich in der Praxis bewährte, sowie andererseits, welche Grenzen der politischen Partizipation im Kaiserreich gesetzt waren. Dossiers setzen sich mit den Herausforderungen des 19. Jahrhunderts auseinander, wie etwa die Einführung einer Verfassung, die soziale Frage, das Verhältnis von Staat und Religion oder Nation und Nationalismus.^{f⁰} Dieser im Schulunterricht vollzogene Perspektivwandel verdeutlicht, wie historisch-politische Bildungsarbeit zu Bismarck gelingen kann. Im Unterschied zu den vier anderen, ihrerseits demokratischen Leitfiguren des 20. Jahrhunderts gewidmeten Politikergedenkstätten liegt eine reflektierte Rückbesinnung auf die deutsche Geschichte mit dem Ziel, das Bewusstsein für heutige demokratische Grundwerte zu festigen, im Fall Bismarcks nämlich nicht auf der Hand. Voraussetzung hierfür ist vielmehr eine Betrachtung jenseits von Glorifizierung, Trivialisierung oder Dämonisierung, auf dem neuesten Stand der Forschung, eingebettet in den historischen Kontext des Kaiserreiches. Am historischen Ort mit seiner vorgeblichen „Authentizität“ ist diese Herangehensweise von besonderem Gewicht.^{f¹} Realisiert wird sie in Ausstellungen, Vorträgen und museumspädagogischen Programmen, die beispielsweise Parlamentarisierungs- und Demokratisierungsprozesse im 19. Jahrhundert erläutern und sie mit Bismarcks politischem Denken und Handeln in Beziehung setzen.

Nichtsdestotrotz bleibt zu konstatieren, dass Bismarcks innen- wie außenpolitisches Agieren als Repräsentant des deutschen „Machtstaats vor der Demokratie“^{f²} ihn weiterhin für obrigkeitstaatlich orientierte beziehungswei-

se antidemokratische Instrumentalisierungen attraktiv macht. Auch damit muss sich die historisch-politische Bildung auseinandersetzen. Schönhausen als einziger Standort einer Politikergedenkstätte in Ostdeutschland, noch dazu in einer der strukturschwächsten ländlichen Regionen Deutschlands, stellt in dieser Hinsicht eine mehrfache Herausforderung dar. Denn nicht zuletzt die geschichtspolitischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts haben dort für eine spezifische Zusammensetzung konkurrierender Geschichtsbilder rund um Bismarck gesorgt.^{f³}

Bedarf an einer Entmystifizierung Bismarcks besteht also nach wie vor. Ein prüfendes Erinnern an Werk und Person an ihrem runden Jahrestag kann dabei hilfreich sein. Im Sinne des eingangs zitierten George Herbert Mead wird Bismarcks Geschichte 2015 „neu geschrieben“, wenn der Blick in die Vergangenheit in Form einer differenzierten Auseinandersetzung mit Leistungen und Defiziten erfolgt und Zwänge ebenso wie Handlungsspielräume einer Einzelperson in ihrer Zeit zur Kenntnis genommen werden. So gewendet vermag das Wissen um die Geschichte dazu beizutragen, künftig an gefährlichen Irrwegen wie etwa dem Aufbau von Feindbildern im Innern vorbeizusteuern und außenpolitisch die Verbindung von Augenhöhe und Augenmaß beizubehalten – nicht zuletzt angesichts der Umbrüche und Krisen, mit denen Deutschland, Europa und die Welt derzeit konfrontiert sind. Warum also Bismarck? Weil insofern die „Akte Bismarck“ noch lange nicht „geschlossen“ werden kann.^{f⁴}

^{f³} In dieser Hinsicht ist Schönhausen ein „schwieriger Ort“ als „Erbe der Provinz“ im „Spannungsverhältnis von Heimatgefühl, lokalen Geschichtsaneignungen und vergangenen Ereignissen“. Bezogen auf Gedenkstätten zur Geschichte des Nationalsozialismus und der DDR vgl. J. H. Ulbricht (Anm. 31), S. 20; zum Projekt „Kunst für Demokratie“ gegen die rechtsextremistische Vereinnahmung des Ortes, das 2012 im Rahmen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern gefördert und 2013/14 unter dem Motto „Ideen finden Stadt“ „Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen“ wurde, vgl. www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/akteure/142071/elbe-havel-land sowie www.land-der-ideen.de/ausgezeichnete-orte/preistraeger/kunst-f-r-demokratie (20.2.2015).

^{f⁴} Die Aktenschließung für ausgemacht hielt Lothar Machtan, Bismarck, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, München 2001, S. 86–104, hier: S. 86.

^{f⁰} Vgl. Daniel Henri/Guillaume Le Quintrec/Peter Geiss (Hrsg.), *Histoire/Geschichte. Europa und die Welt vom Wiener Kongress bis 1945. Deutsch-französisches Geschichtsbuch*, Stuttgart–Leipzig 2008, S. 3, S. 30–63.

^{f¹} Zu dieser Erwartung an die „Aussagekraft“ der Orte, die gleichwohl „gesellschaftlich vermittelt“ ist, vgl. Justus H. Ulbricht, „Schwierige Orte“ als „Erbe der Provinz“, in: ders. (Hrsg.), *Schwierige Orte. Regionale Erinnerung, Gedenkstätten, Museen, Halle/S.* 2013, S. 17f.

^{f²} Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992³.

Andreas Wirsching

Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“

Als Otto von Bismarck Anfang März 1871 von Versailles nach Deutschland zurückkehrte, befand er sich im Zenit seiner Popularität. In der Vergangen-

Andreas Wirsching

Dr. phil., geb. 1959; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München. wirsching@ifz-muenchen.de

heit viel kritisiert, bisweilen verspottet und von nicht wenigen gehasst, wurde er nun – nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich und der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches – mit Ehrungen überhäuft.

Bismarck galt als größter Staatsmann seiner Zeit, und es gab nur wenige, die fortfahren, ihn öffentlich zu kritisieren.

Zu ihnen gehörte Georg Gottfried Gervinus, Veteran der Paulskirche, der das Scheitern von 1848 nie verwunden hatte und seine Hoffnungen auf eine demokratische Bewegung setzte. Während die meisten Liberalen jubelten, unterzog Gervinus die Ereignisse von 1866 bis 1871 schneidender Kritik. Bismarck verkörperte für ihn mehr denn je „Deutschlands bösen Genius“, und von der sich abzeichnenden Reichsgründung erwartete er das Schlimmste: „Wir werden in Bahnen gerissen, die uns nicht, die der ganzen Zeit nicht anstehen. Was sollen wir in diesem Jahrhundert mit einer höchst überspannten Erneuerung der Militärstaaten des 17.–18. Jh.? Das war nicht die Mission dieses Jahrhunderts, u. am wenigsten dieses Deutschlands.“¹ Für die fernere Zukunft sah er eine große europäische Katastrophe voraus, in deren Verlauf „der Boden der Geschichte (...) zu einer neuen Bestellung“ aufgefurcht werde.² Mit der Gründung des neuen Deutschen Reiches, die er nur wenige Wochen überlebte, sah Gervinus die föderalen und demokratischen Prinzipien seiner Geschichtsauf-

fassung zerstört, dem Militarismus ein fatales Übergewicht zugestanden und zugleich große Gefahren auf Deutschland zukommen.³

Gervinus' Kritik am Reichsgründungs-schehen verband sich also mit einem vernichtenden Urteil über die Person Bismarcks. Unabhängig davon, ob dies einem eher vordergründigen Gesinnungsidealismus entsprang oder ob er eine tatsächliche Abweichung der deutschen vom Hauptstrom der westeuropäischen Geschichte analytisch erfasste: Mit seiner Haltung wurde Gervinus zum ersten Vertreter der „Sonderwegsthese“. Für die Mehrheit der deutschen Historiker stand hingegen die positive Wertung des Bismarck-Reiches außer Frage. Dessen historische Mission schien es zu sein, eine neue Synthese aus Kultur und Macht, aus Autorität und Freiheit, aus Tradition und Moderne zu schmieden, der die Zukunft gehören würde. Die ideologische Klammer dieser Synthese bildete die Nation: Ihre Einheit galt es in einem starken Staat zu sichern, um kommende Herausforderungen zu meistern und am Ende den Deutschen auch ihren wohlverdienten „Platz an der Sonne“ zu sichern. Überdies hegten große Teile der deutschen Eliten ein tiefes Misstrauen gegen den Interessenpluralismus der modernen industriellen Massengesellschaft. Nur eine Minderheit hielt die Methoden der westlichen Demokratie für geeignet, um die Probleme der modernen Gesellschaft in Deutschland politisch zu steuern, sie sozial und kulturell zu bewältigen. Die Mehrheit hielt dagegen die westliche Zivilisation für dekadent, materialistisch und maßlos. Seine schärfste Zuspitzung erhielt dieses Denken in den „Ideen von 1914“. Sie bildeten die affirmative Form einer Sonderwegsideologie, welche die deutsche Kultur und Machtentfaltung in einen dezidierten und positiv gewendeten Gegensatz zur „westlichen“ Entwicklung seit der Französischen Revolution setzte.⁴

¹ Gervinus an J. F. Minnsen, 6. 5. 1867, in: Jonathan F. Wagner, Gervinus über die Einigung Deutschlands. Briefe aus den Jahren 1866–70, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 121 (1973), S. 371–392, hier: S. 382.

² Gervinus an Ewald, 28. 4. 1867, in: ebd., S. 380.

³ Siehe vor allem Georg Gottfried Gervinus, Denkschrift zum Frieden. An das Preußische Königshaus, in: ders., Hinterlassene Schriften, hrsg. von Victorie Gervinus, Wien 1872, S. 3–32.

⁴ Vgl. Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

Sonderweg zum Jahr 1933?

Auch nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg blieb die große Mehrheit der deutschen Historiker dem Ideal des Bismarck-Reiches verpflichtet und sah in ihm trotz Niederlage und Revolution den Höhepunkt der nationalen Geschichte und den Fixpunkt der politischen Identität der Deutschen. Für die Geschichtswissenschaft ergaben sich daraus als „nächstliegende und dringendste Tagesaufgaben“ die „Kriegsschuld- und die Bismarckforschung.“^f Nicht zufällig entfalteten sich in der Weimarer Republik Bismarck-Mythos und Bismarck-Kult zu voller Blüte.⁶ Der Rekurs auf den großen Staatsmann diente als rückwärtsgewandte Idealisierung einer Größe, die das Deutsche Reich verloren hatte und nach der sich die meisten Angehörigen des Bürgertums und der Aristokratie zurücksehnten. Das Unglück des Weltkrieges konnte dagegen Wilhelm II. zugerechnet werden. Wenn gegenüber dem schwächlichen Epigonen die Lichtgestalt Bismarcks umso heller strahlte, war auch die Dignität des Kaiserreiches trotz Niederlage, Zusammenbruch und Revolution bewahrt. So ließ sich die gescheiterte Reichsgründung des „Eisernen Kanzlers“ auf Kosten des letzten deutschen Kaisers rehabilitieren.

Nur eine kleine Minderheit der deutschen Historiker blickte tiefer und legte strukturelle Widersprüche der Bismarckschen Schöpfung selbst offen. Insbesondere Arthur Rosenberg betrachtete es als „historischen Fehler von ungeheurem Ausmaß“, dass Bismarck die Verfassung geradezu auf seine Person zugeschnitten hatte.⁷ Von hier aus konstruierte er eine Art Geburtsfehlerthese: Die konstitutionellen Defizite der Bismarckschen Reichsgründung und die mangelhafte Integration der auseinanderstrebenden sozialen Kräfte, nicht aber persönliche Schuld bildeten demzufolge die Ursache für das Versagen Wilhelms II. und den Zusammenbruch im

^f So rückblickend Gerhard Ritter, *Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft*, in: *Historische Zeitschrift*, 170 (1950), S. 1–22, hier: S. 17.

⁶ Vgl. Robert Gerwarth, *Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eisernen Kanzler*, München 2007. Siehe auch Volker Ullrichs Beitrag in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

⁷ Arthur Rosenberg, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/M. (zahlreiche Nachdrucke), S. 13.

Ersten Weltkrieg. Für Rosenberg kennzeichnete daher von Beginn an eine nur mühsam überdeckte „Dauerkrise“ die Geschichte des Kaiserreiches, die sich im Weltkrieg definitiv und unumkehrbar offenbarte: Das Bismarcksche Reich war „von Anfang an todkrank“.⁸

Was Rosenberg verfassungsgeschichtlich diagnostizierte, suchte Eckart Kehr strukturgeschichtlich zu erhärten. Die Flottenrüstung, die Außenpolitik und den wilhelminischen Imperialismus begriff er ebenso kritisch wie systematisch von ihren inneren sozialen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen her.⁹ Er betrachtete den Dualismus zwischen Militär und ziviler Politik als entscheidende Strukturschwäche der Bismarckschen Schöpfung. In den 1960er und 1970er Jahren knüpften dann Hans-Ulrich Wehler und die sogenannte Bielefelder Schule an Autoren wie Rosenberg und Kehr an und stellten das Bismarck-Reich in eine dezidiert kritische Perspektive. Dabei ging es weniger um Bismarck als historische Persönlichkeit als um die Frage, inwieweit der Reichsgründer die strukturellen Widersprüche der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts und den damit verbundenen „Rückstau politischer Modernisierung“ repräsentierte.¹⁰

Damit war die Frage nach einem deutschen „Sonderweg“ in neuer Form auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ihren eigentlichen Stachel erhielt sie durch den Blick auf die Jahre 1933 bis 1945. Bis in die 1960er Jahre hinein bestand ja durchaus die Versuchung, den Nationalsozialismus durch eine Überbetonung des „Dämonischen“ bei Hitler, durch allgemeine europäische Kräfte der „Vermassung“ und Säkularisierung oder auch durch die Vorstellung eines „Betriebsunfalls“ der deutschen Geschichte zu erklären. Ergaben sich Hitler und der Nationalsozialismus indes aus der Entwicklungslogik des 1871 gegründeten preußisch-deutschen Nationalstaates, wie die Anhänger der Sonderwegsthese überwiegend argumentierten, dann wandelte sich das Bild fundamental.

⁸ Ebd., S. 12.

⁹ Vgl. Eckart Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894 bis 1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus*, Berlin 1930.

¹⁰ Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1980⁴, S. 230.

Diese Diskussion beschäftigte die westdeutsche Geschichtswissenschaft während der späten 1970er und der 1980er Jahre intensiv. Argumente pro und contra hielten sich dabei in etwa die Waage: Vertreter der Sonderwegsthese beharrten darauf, dass die Geschichte des Bismarck-Reiches und der durch sie geformten „verspäteten Nation“ (Helmuth Plessner) durch eine strukturelle Gleichzeitigkeit von industriewirtschaftlicher Moderne, sozialer Hierarchisierung und verfassungspolitischer Rückständigkeit gekennzeichnet war. Zusammen mit dem antiwestlichen Sonderbewusstsein der deutschen Eliten sei das damit gegebene Modernisierungsdefizit eine wichtige strukturelle Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus gewesen.¹¹ Die Gegner der Sonderwegsthese warnten indes vor der Entkoppelung der deutschen von der europäischen Geschichte ebenso wie vor einer verkürzten oder gar negativ teleologischen Sichtweise auf das Jahr 1933. Überdies wirkte die dem „Sonderweg“ stets implizite Konstruktion eines westlichen „Normalweges“ problematisch und zu normativ an einer idealen Modernisierungsentwicklung ausgerichtet.¹²

Solche Gegensätze waren auch methodisch begründet. Dezidiert strukturgeschichtlich (und auch normativ) argumentierende Wissenschaftler wie Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka oder Hans-Jürgen Puhle¹³ unterschieden sich in ihren erkenntnistheoretischen Prämissen grundlegend von jenen Historikern, die wie Thomas Nipperdey auf das Verstehens- und Objektivitätspostulat der Geschichtswissenschaft und deren individualisierende und differenzierende Prinzipien pochten.¹⁴ Zugleich wurde der internationale Vergleich als notwendige empirische Basis für die These vom „Sonderweg“ eingefordert. Eine eher überraschende Kritik kam

¹¹ Prägnant hierzu: Jürgen Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: APuZ, (1980) 25, S. 3–15.

¹² Vgl. Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?, Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München 1982; vgl. insgesamt zum Thema Helga Grebing, Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Stuttgart u. a. 1986.

¹³ Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich, Bonn 1975².

¹⁴ Vgl. beispielsweise Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, 227 (1978), S. 86–111.

überdies von den beiden britischen Historikern David Blackbourn und Geoff Eley. Sie attackierten die Sonderwegsthese von dezidiert (neo-)marxistischer Seite und verwiesen insbesondere die Vorstellung von einer in Deutschland gescheiterten „bürgerlichen Revolution“ in den Bereich der historiografischen Mythen. Statt deutsche Besonderheiten zu betonen, gelte es, die Krisenanfälligkeit moderner kapitalistischer Gesellschaften hervorzuheben.¹⁵

Von Bismarck selbst und seiner Persönlichkeit war im Kontext dieser eher generalisierend-interpretatorischen Debatten kaum mehr die Rede. Es blieb daher der großen, eigentlich ersten modernen Bismarck-Biografie von Lothar Gall vorbehalten, den preußischen Staatsmann wieder ins Rampenlicht zu rücken. Seine Biografie zeichnete sich durch ein souveränes, stets balanciertes Urteil aus. Gall verdeutlichte, wie stark Bismarck den tief in seiner Zeit wurzelnden geschichtlichen Widersprüchen verhaftet blieb, und wie es ihm immer schwerer fiel, sie in einer gestaltenden Politik aufzuheben. Am Ende erscheint Bismarck denn auch keineswegs mehr als der „große“, vorausschauende Staatsmann, sondern schlicht als der „Zauberlehrling“, dem die gewaltigen nationalstaatlichen Kräfte, die er gerufen hatte, über den Kopf wuchsen.¹⁶

Mithin gelang Gall eine methodisch bedeutsame Synthese von biografisch-individualisierender und strukturgeschichtlich informierter Betrachtungsweise. Sie nahm im Grunde auch der Sonderwegsdiskussion viel von ihrer Schärfe. Und seit dem Ende der 1980er Jahre ist diese Diskussion verstummt. Seinen Grund hatte das zum einen in der seit 1989/90 historisch veränderten Situation der Deutschen. Leicht ließ sich nun davon ausgehen, die Deutschen hätten mit der Wiedervereinigung und der Restitution des deutschen Nationalstaates ihren „Sonderweg“ beendet und seien nunmehr im „Westen“ angekommen.

¹⁵ Vgl. David Blackbourn/Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/M. 1980.

¹⁶ Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. 1980; unter den zahlreichen weiteren seitdem erschienenen Biografien sind zu nennen: Ernst Engelberg, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985; Otto Pflanze, Bismarck, 2 Bde., München 1997/98.

men.¹⁷ Zum anderen gilt die Sonderwegsthe-
se heute aber auch methodisch als überholt,
dominieren doch in der Geschichtswissen-
schaft kultur- und globalhistorische, verglei-
chende und transnationale Fragestellungen.

Macht vor Recht

Zwei Aspekte seien allerdings hervorgeho-
ben, die nach wie vor aktuell und auch aus
heutiger Sicht bedenkenswert sind, wenn
man über die Person Bismarcks und mögliche
deutsche Sonderentwicklungen bis 1914
und darüber hinaus diskutiert. So ist zum
einen schon häufig beobachtet worden, dass
Bismarcks Politik dazu tendierte, zumindest
dann der Macht vor dem Recht den Vorzug
zu geben, wenn sich damit der Nutzen Preu-
ßens, Deutschlands und nicht zuletzt des
Hauses Hohenzollern steigern ließ.¹⁸ Zwar
wird man einwenden, dass Bismarck damit in
der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kei-
neswegs allein stand: Man denke nur an die
Versuche Napoleons III., in die kaiserlichen
Fußstapfen seines Onkels zu treten, oder an
die imperialistische Gewaltpolitik, die Groß-
britannien oder Leopold II. von Belgien in
Indien und Afrika betrieben.

Aber in Deutschland bekam die Paro-
le „Macht vor Recht“ doch eine grundsätz-
lichere, gleichsam systematische Schärfe. Sie
hatte entscheidend damit zu tun, wie im Li-
beralismus das als traumatisch empfundene
Scheitern der Revolution von 1848 gedeutet
wurde. Vor diesem Hintergrund stellten
August Ludwig von Rochaus „Grundsätze
der Realpolitik“ aus dem Jahre 1853 für viele
nicht weniger als eine Offenbarung dar. In
dem, was der Publizist Rochau als „das dy-
namische Grundgesetz des Staatswesens“ be-
zeichnete, verhielt sich das Recht zur Macht
wie die „Idee“ zur „Tatsache“. Anders ge-
sagt: Rechtsbezogene „Idealpolitik“ hatte im
Zweifelsfall der machtbezogenen „Realpoli-
tik“ zu weichen. Es entbehrt nicht der Ironie,
dass sich Rochau im Hinblick auf Bismarck
fundamental irrte, wenn er 1862 über ihn ur-

teilte, mit ihm sei der „schärfste und letzte
Bolzen der Reaktion von Gottes Gnaden ver-
schossen“.¹⁹ Denn im Prinzip war Bismarck
doch der Mann, der über weite Strecken hin-
weg Rochaus „realpolitische“ Maximen gera-
dezu verkörperte.

Nicht bestreitbar sind insbesondere die ma-
nipulativen Elemente, die Bismarck in seiner
inneren Politik anwandte. Er zögerte nicht,
mit der Macht der staatlichen Exekutive die
liberalen Kräfte in Deutschland zuerst zu in-
strumentalisieren, um sich sodann, seit 1873,
dezidiert gegen sie zu wenden. Ebenso wenig
zögerte er, die Rechte oppositioneller Grup-
pen und Milieus zu beschneiden: zunächst
der Katholiken, sodann der Sozialisten – stets
mit der Begründung, sie seien „Reichsfein-
de“, die es aus der hegemonialen politischen
Kultur des Kaiserreiches auszugrenzen gelte.
In der Forschung sind diese manipulativen
Formen, die Bismarck anwandte, um politi-
sche Mehrheiten zu gewinnen, als plebiszitär
gestärkte, „bonapartistische“ Herrschafts-
weise bezeichnet worden.²⁰

Auch in der Außenpolitik verschmähte
der Reichskanzler „realpolitische“ Lösungen
keineswegs. Schon während seiner Amts-
zeit als preußischer Ministerpräsident setz-
te sich Bismarck über Erwägungen der mo-
narchischen Legitimität souverän hinweg,
so insbesondere 1866/67 bei der preußischen
Annexion des Königreiches Hannover und
Schleswig-Holsteins. Zwar gilt Bismarcks
Außenpolitik nach 1871 landläufig als auf
den Erhalt des Friedens hin orientiert: So be-
trachtete er das Kaiserreich als „saturiert“
und suchte dessen Position dadurch zu schüt-
zen, dass er die europäischen Interessen und
Konflikte möglichst vom Zentrum an die Pe-
ripherie lenkte, das heißt auf den Balkan und
in die Kolonien.²¹ Auf dem Höhepunkt die-
ser Politik, während des Berliner Kongres-
ses von 1878, konnte sich Bismarck daher als
„ehrlicher Makler“ feiern lassen. Allerdings
besaß auch diese Politik eher instrumentellen
Charakter. Von der Annexion Elsass-Loth-

¹⁷ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, München 2000.

¹⁸ „Klassisch“ hierzu Bismarcks Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus am 27. 1. 1863, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Bismarck. Die großen Reden*, Berlin 1981, S. 65–76.

¹⁹ Zit. nach: Ludwig August von Rochau, *Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1972, S. 9.

²⁰ H. Grebing (Anm. 12), S. 106.

²¹ Vgl. hierzu nach wie vor Andreas Hillgruber, *Bismarcks Außenpolitik*, Freiburg/Br. 1972, S. 136–146.

ringens 1871 bis zur Krieg-in-Sicht-Krise 1875 hielt sich Bismarck die Option der präventiven Gewalt stets offen. Erst als er 1875 bemerkte, dass er damit die Gefahr einer französisch-britisch-russischen Triple-Koalition (seinen *cauchemar des coalitions*) heraufbeschwor, schwenkte er um. Allerdings ließ sich die von ihm künftig verfolgte Politik der Mäßigung in den letzten Jahren seiner Regierung kaum mehr durchhalten. 1885 stimmte Bismarck schließlich zu, die Schleusen des Imperialismus zu öffnen;²² und gegen Ende der 1880er Jahre hatte er alle Mühe, sich noch einmal gegen die Militärpartei durchzusetzen, als der Preußische Generalstab unter seinem Chef, General von Waldersee, einen Präventivkrieg forderte: zunächst gegen Frankreich, im Winter 1887/88 auch gegen Russland.²³

Bismarcks Außenpolitik der Mäßigung entsprang also in erster Linie politischen Opportunitätserwägungen. An den Wünschen großer Teile der deutschen Eliten und nicht zuletzt auch an der in der preußischen Militärelite stark verwurzelten friderizianischen Tradition des „Alles oder nichts“ ging diese Mäßigung indes vorbei. Die Außenpolitik unter Wilhelm II. entwickelte sich denn auch sprunghaft, aggressiv und unverkennbar vom Wunsch nach imperialistischer Expansion geleitet. Das Kalkül der Mäßigung galt demgegenüber als nicht mehr zeitgemäß.

Dualismus zwischen Militär und Zivilgewalt

In dieser Situation offenbarte sich, dass Bismarcks Schöpfung von 1866/71 an einer folgenreichen Schwäche litt, nämlich an der unzureichenden Integration des Militärischen in das System ziviler Politik. Auch die Diskussion um einen deutschen „Sonderweg“ kreiste lange Zeit um den Begriff des „Militarismus“. Entsprechende Analysen und Kritik am Militarismus des Kaiserreiches setzten zwar bereits früh ein, blieben aber zunächst den Außenseitern der Geschichtswissen-

²² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln 1969. Siehe auch Jürgen Zimmerers Beitrag in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

²³ Vgl. Michael Schmid, *Der „Eiserne Kanzler“ und die Generäle: Deutsche Rüstungspolitik in der Ära Bismarck (1871–1890)*, Paderborn 2003, S. 273 ff.

schaft vorbehalten. So lieferte Eckart Kehr in seinem berühmten Aufsatz von 1928 über die Genesis des „Königlich Preußischen Reserveoffiziers“ eine gewissermaßen klassische Definition des Militarismus. Militarismus bestehe *erstens* dort, wo Offiziere sich nicht als Techniker und Funktionäre eines übergeordneten politischen Willens fühlen, das heißt, den Primat des Zivilen nicht anerkennen wollen, und *zweitens* dort, „wo diese Einschätzung des Militärs freiwillig von einem wesentlichen Teil des Bürgertums bejaht wird und eine Unterordnung unter diesen Militärstand willig vollzogen wird“.²⁴

Es ist nicht bestreitbar, dass wesentliche Elemente einer solchen Definition in der politischen Kultur des Kaiserreiches anzutreffen waren. Sie sind von der kritischen Literatur zum Teil sehr eingehend herausgearbeitet worden. In der Stellung wie im Denken des preußischen Generalstabs sowie der anderen maßgeblichen Militärs in Preußen war ein solcher Primat des Militärischen langfristig anzutreffen. Die Logik und die militärischen Sachzwänge eines kommenden Krieges spielten in den engeren und engsten Führungszirkeln des Kaiserreiches stets eine besondere, zunehmend sogar herausragende Rolle. Politische Erwägungen, ziviles Denken, die Orientierung an Rechtsprinzipien und auch schlichte außenpolitische Rationalität mussten demgegenüber immer wieder zurücktreten.²⁵ Ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass das Militärische in der deutschen Gesellschaft eine erhebliche Rolle spielte. Dem Militär galt die Bewunderung weiter bürgerlicher Schichten; Kriegervereine und Reservistenverbände kultivierten das Militärische auch im Alltagsleben. Hieraus ist die These entwickelt worden, militärische Wertvorstellungen seien in der Breite auf die Gesellschaft übertragen worden, der Habitus des Militärischen sei in die Zivilgesellschaft eingedrungen und habe die Mentalitäten langfristig geformt.

²⁴ Eckart Kehr, *Zur Genesis des Königlich Preußischen Reserveoffiziers* (1928), in: ders., *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. u. a. 1970², S. 53–63, hier: S. 54.

²⁵ Vgl. hierzu aus der neueren Literatur M. Schmid (*Anm. 23*); Isabel V. Hull, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca 2005.

In jüngerer Zeit ist diese These indes deutlich relativiert und im Kern zurückgewiesen worden. Vergleichende Studien etwa zu Frankreich und Großbritannien haben herausgearbeitet, wie stark das Militär auch in anderen Ländern im Zentrum der nationalen Identitätsbildung stand. Militärfeiern, „Folklore-“ und Gesinnungsmilitarismus seien Bestandteile der politischen Kultur und der Gesellschaft der europäischen Staaten im Allgemeinen gewesen. Jedenfalls seien die Gemeinsamkeiten erkennbar stärker sichtbar als die deutschen Besonderheiten.²⁶ Darüber hinaus wurde der Begriff des Militarismus selbst differenzierter beurteilt. Als Quellenbegriff diente er seit den 1860er Jahren vor allem in Süddeutschland als antipreußische Parole und zugleich als diskursive Waffe für die staatliche Eigenständigkeit. Allzu vorschnell, so lautet die Kritik, habe die Geschichtswissenschaft aus der antipreußischen Parole einen wissenschaftlich-analytischen Begriff gemacht. Begriff und Phänomen des Militarismus müssten daher zunächst von der antipreußischen Rhetorik gelöst werden.²⁷

Damit ist die These vom deutschen „Sonderweg“ auch in ihrer „Militarismus“-Komponente zurückgewiesen worden und spielt heute keine signifikante Rolle mehr. Allerdings sollte man darüber eine Grundproblematik der preußisch-deutschen Verfassungsgeschichte nicht außer Acht lassen, die zwar in der Forschung gut bekannt ist, in ihren Wirkungen aber heute unterschätzt wird, wenn es um die Interpretation der deutschen Geschichte seit dem späten 19. Jahrhundert geht. Es handelt sich um den nach 1871 niemals wirklich aufgehobenen Dualismus zwischen Militär- und Zivilgewalt, der dem deutschen Verfassungsleben eingeschrieben blieb. Preußen und seine Armee müssen geradezu als „der harte Kern im Verfassungswerk von 1867/71 angesehen werden“.²⁸ Im Kaiserreich blieben Fragen des Militärs weitgehend der

Exekutive vorbehalten, das heißt dem Preußischen Kriegsministerium sowie dem Kaiser selbst beziehungsweise seinem engeren Umfeld wie dem Militärkabinett und nicht zuletzt dem Preußischen Generalstab. All diese militärischen Macht- und Einflusszentren waren der zivilen Gewalt und dem Reichstag weitgehend entzogen. Solche Abschottung des Militärischen fand im Namen der „Kommandogewalt“ statt, die in Preußen traditionell von Militärverwaltungssachen unterschieden wurde. In der Praxis waren die Grenzen dieser Befehlsgewalt nicht eindeutig definiert, sodass sich mit ihr die kaiserliche Prerogative insgesamt ausdehnen ließ. Denn die Kommandogewalt lag allein beim Preußischen König und Deutschen Kaiser. Akte der Kommandogewalt unterlagen nicht wie andere Regierungsmaßnahmen der Notwendigkeit, durch einen Minister gegengezeichnet zu werden und ließen sich verfassungsmäßig – durch Parlament oder Regierung – nicht wirksam kontrollieren.²⁹

Mithin waren militärische und Zivilgewalt in der Verfassung des Kaiserreiches zwei getrennte Säulen. Ihre Integration war letztlich nur durch den Kaiser zu leisten. In der Praxis verfügten die Spitzen beider Säulen, der Reichskanzler einerseits und der Chef des Preußischen Generalstabs andererseits, über eine Immediatstellung: Beide besaßen das Recht, dem Kaiser unmittelbar vorzutragen. Bismarck gelang es aufgrund seiner überragenden Stellung 1870/71 gegenüber Generalstabschef Helmuth von Moltke – der bekanntlich einen „Exterminationsfrieden“ gegenüber Frankreich forderte – und 1887/88 noch einmal gegenüber dessen Nachfolger Alfred von Waldersee in der Präventivkriegsfrage, die Militärgewalt in Schach zu halten.

Mit dem Abgang Bismarcks 1890 wurde jedoch der eingebaute Dualismus zwischen Militär- und Zivilgewalt immer deutlicher erkennbar. Ohne einen Kanzler von der Statu Bismarcks war Wilhelm II. überfordert, die Vermittlung zwischen beiden Säulen zu vollziehen. Mehr und mehr setzte sich die militärische Eigenlogik durch, in das Kalkül

²⁶ Vgl. vor allem Jakob Vogel, *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der „Nation in Waffen“ in Deutschland und Frankreich, 1871–1914*, Göttingen 1997.

²⁷ Vgl. Benjamin Ziemann, *Sozialmilitarismus und militärische Sozialisation im deutschen Kaiserreich 1870–1914. Desiderate und Perspektiven in der Revision eines Geschichtsbildes*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 53 (2002), S. 148–164.

²⁸ Manfred Messerschmidt, *Militär und Politik in der Bismarckzeit und im wilhelminischen Deutschland*, Darmstadt 1975, S. 32.

²⁹ Vgl. Andreas Dietz, *Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr: Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär*, Tübingen 2011, S. 65 f.

der Politik drangen die vorgeblichen militärischen Sachzwänge eines künftigen Krieges immer nachdrücklicher ein. In der Julikrise 1914 schließlich erhielt die militärische endgültig die Oberhand über die politische Führung. Der wichtigste Sachzwang nämlich, den die Militärführung ins Feld führte, war die sichere Annahme, Deutschland werde einen nächsten großen Krieg als Zweifrontenkrieg führen müssen. Das Ergebnis war der Schlieffenplan, dem 1914 die Politik der Reichsleitung unter Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg alternativlos folgte. Politisch-diplomatische Lösungsmöglichkeiten blieben demgegenüber außer Acht. Somit mutierte die militärstrategische Fixierung auf die sicher erwartete Zweifrontenaussensetzung zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Es bleibt daher eine Tatsache: Das deutsche Heer war im Kaiserreich weitaus mehr ein „Königsheer“ als ein „parlamentarisches Heer“ und beruhte auf absolutistischen Restbeständen im Verfassungsgefüge des Kaiserreiches.

Fazit

Mithin bleibt es bis heute eine wichtige Frage, inwieweit Bismarck die problematische Tendenz in der deutschen Geschichte verstärkte, die Macht über das Recht, das Militärische über das Zivile und die staatliche Exekutive über die parlamentarisch-demokratische Willensbildung des Volkes zu stellen. Zwar wäre es nach fast fünf Jahrzehnten intensiver Forschung inadäquat, aus dieser Tendenz einen einlinigen deutschen „Sonderweg“ zu konstruieren oder aus ihr gar eindimensional das Jahr 1933 zu deduzieren. Insofern gibt es keinen direkten Weg von Bismarck zu Hitler. Aber der Stachel, den Nationalsozialismus tatsächlich zu *erklären* und seine tiefer in der deutschen Geschichte liegenden Ursachen zu erkunden, bleibt für die Geschichtswissenschaft eine unabwiesbare Herausforderung.

Volker Ullrich

Der Mythos Bismarck und die Deutschen

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt/Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Auf kaum einen anderen deutschen Staatsmann treffen diese Verse aus dem Prolog zu Schillers „Wallensteins Lager“ so zu wie auf Otto von Bismarck.¹

Volker Ullrich

Dr. phil., geb. 1943; Historiker und Publizist; Herausgeber von „ZEIT Geschichte“, volker.ullrich@zeit.de

Während der langen Periode seines politischen Wirkens war er stets umstritten, war das Bild, das man sich von ihm machte, heftigen Schwankungen ausgesetzt. Auch nach seiner Entlassung als Reichskanzler im März 1890 bewegten sich die Urteile über ihn zwischen kultischer Verehrung und vehementer Ablehnung.

Vom Konfliktminister zum Reichsgründer

Am Anfang war Bismarck geradezu verhasst. Als Wilhelm I. ihn im September 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannte, interpretierte die liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus dies als offene Kampfansage. Denn seit seinen ersten Auftritten im Vereinigten Landtag 1847 und noch mehr seit seinen gegenrevolutionären Aktivitäten 1848/49 haftete dem Junker aus Schönhausen der Ruf eines reaktionären Scharfmachers an. Dass er während seiner diplomatischen Lehrjahre als preußischer Gesandter im Bundestag in Frankfurt am Main und danach an den Botschaften von St. Petersburg und Paris bereit war und sich von den Anschauungen seiner ultrakonservativen Mentoren, der Brüder Ludwig und Leopold von Gerlach, abgewandt hatte – das war der Öffentlichkeit verborgen geblieben. Bismarcks Berufung be-

¹ Friedrich Schiller, *Sämtliche Werke*, hrsg. von Peter-André Alt, Bd. 2, München 2004, S. 273.

deute „Säbelregiment im Innern“ und „Krieg nach außen“, prophezeite einer der Wortführer der Liberalen, Max von Forckenbeck.^f

In den ersten Jahren seiner Regierung schien es, als würde Bismarck seinem Image als skrupellosem Gewaltpolitiker entsprechen. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut“,^f bemerkte er am 30. September 1862 in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses und warf damit der liberalen Opposition den Fehdehandschuh hin. „Höre ich aber einen so flachen Junker, wie diesen Bismarck, von dem ‚Eisen und Blut‘ prahlen, womit er Deutschland unterjochen will, so scheint mir die Gemeinheit nur noch durch die Lächerlichkeit überboten“, empörte sich der junge Leipziger Privatdozent für Geschichte Heinrich von Treitschke, später als einflussreicher Professor in Berlin einer der glühendsten Bewunderer Bismarcks.^f

Seit Herbst 1862 regierte der „Konfliktminister“ verfassungswidrig, also ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Haushalt. Oppositionelle Beamte wurden gemäßregelt, liberale Zeitungen einer strengen Zensur unterworfen. Das gegenwärtige Ministerium sei „in einer Weise mißliebig, wie selten eines in Preußen war“, stellte Gerson Bleichröder, Bismarcks Bankier, im Februar 1863 fest.^f Im Frühjahr 1866 war Bismarcks Ansehen auf einem Tiefpunkt angelangt. Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass der preußische Ministerpräsident es darauf anlegte, den Konflikt mit Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland mit Gewalt zu lösen. Noch nie sei ein Krieg „mit einer solchen Schamlosigkeit, einer solchen grauenvollen Frivolität“ angezettelt worden, klagte der Göttinger Rechtsgelehrte Rudolf von Ihering.^f Selbst

Bismarcks hochkonservative Freunde distanzieren sich von ihm, als er Anfang April 1866, um Österreich zu provozieren, einen Antrag auf die Einberufung eines Nationalparlaments in den Frankfurter Bundestag einbringen ließ. In einem Leitartikel in der „Kreuzzeitung“ vom 8. Mai brach Ludwig von Gerlach den Stab über die zum Kriege treibende Politik. Zugleich verurteilte er den Bundesreformenantrag als einen „grundrevolutionären Versuch, (...) der das Herz Deutschlands und zugleich das Herz Preußens und Österreichs tief verwundet“.^f

Der Sieg Preußens in der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli änderte alles: Bismarcks riskantes Spiel war aufgegangen, mit einem Schlage war er „der Held des Tages“.^f Selbst die prinzipienfestesten Liberalen ließ der Triumph nicht unbeeindruckt. Der Berliner Althistoriker Theodor Mommsen empfand „ein wunderbares Gefühl, dabei zu sein, wenn die Weltgeschichte um die Ecke biegt“.^f Die gemäßigten Anhänger der liberalen Fortschrittspartei, die sich zur Nationalliberalen Partei zusammenschlossen, beeilten sich, ihren Frieden mit Bismarck zu machen. Und der kam ihnen seinerseits entgegen, indem er im Landtag um Indemnität bat, also um die nachträgliche Billigung seines budgetlosen Regiments. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die öffentliche Wertschätzung Bismarcks nach dem Sieg über Frankreich und der Gründung des Kaiserreiches 1870/71. Die Nationalliberalen sahen sich, was die deutsche Einheit betraf, am Ziel ihrer Wünsche. „Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und so mächtige Dinge erleben zu dürfen?“, schwärmte der Bonner Historiker Heinrich Sybel wenige Tage nach der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 in Versailles. „Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt!“^{f10}

^f Zit. nach: Otto Nirnheim, *Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung*, Heidelberg 1908, S. 70.

^f Horst Kohl (Hrsg.), *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck 1847–1897*, Bd. 2, Stuttgart 1893, S. 30.

^f Max Cornelicius (Hrsg.), *Heinrich von Treitschkes Briefe*, Leipzig 1918, S. 238 (29. 9. 1862).

^f Zit. nach: Fritz Stern, *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder*, Reinbek 1998, S. 60.

^f Rudolf von Ihering in *Briefen an seine Freunde*, Leipzig 1913, S. 196 (1. 5. 1866).

^f Zit. nach: Hans-Christof Kraus, *Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen*, Bd. 1, Göttingen 1994, S. 805.

^f Hajo Holborn (Hrsg.), *Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz*, Bd. 2, Berlin–Leipzig 1925, S. 120 (20. 9. 1866).

^f Zit. nach: Stefan Rebenich, *Theodor Mommsen. Eine Biographie*, München 2002, S. 167.

^{f10} Zit. nach: Julius Heyderhoff/Paul Wentzke (Hrsg.), *Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung*, Bd. 1, Bonn 1925, S. 494.

Idolisiertes Pensionär

Schon bald kehrte jedoch Ernüchterung ein. Der Börsenkrach vom Herbst 1873 beendete die Hochkonjunkturphase der Reichsgründungsära; es folgte eine lang anhaltende Wirtschaftsflaute. Die von Bismarck vom Zaun gebrochene Verfolgung von Katholiken und Sozialdemokraten verschärfte die gesellschaftlichen Spannungen. Nach der innenpolitischen Wende von 1878/79, durch die der Reichskanzler die Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen beendete, schwand die Hoffnung auf eine Weiterentwicklung der Reichsverfassung in Richtung eines parlamentarischen Systems. Vor allem in linksliberalen Kreisen wuchs nun wieder die Kritik an Bismarcks autoritärem Regierungsstil. Damit einher ging seit den frühen 1880er Jahren ein Gefühl lähmender Stagnation in der Innen- wie in der Außenpolitik. Unter den Zeitgenossen verstärkte sich der Eindruck, dass die Rezepte des alternden Kanzlers, der schon so lange die politischen Geschäfte führte, sich verbraucht hätten und ein frischer Wind vonnöten sei, um die Zukunft des Reiches zu sichern. So verwundert es nicht, dass Bismarcks Entlassung durch Wilhelm II. im März 1890 in weiten Kreisen der Öffentlichkeit mit Erleichterung aufgenommen wurde. „Gott sei Dank, dass er fort ist“, gab der linksliberale Eugen Richter, neben dem Zentrumspolitiker Ludwig Windthorst der bedeutendste parlamentarische Gegenspieler Bismarcks, einer verbreiteten Stimmung Ausdruck.¹¹

Bald jedoch setzte ein abermaliger Umschwung in der öffentlichen Meinung ein. Friedrichruh, Bismarcks Alterssitz vor den Toren Hamburgs, wurde zum Ziel einer wachsenden Schar von Verehrern. Dass der grollende Exkanzler kaum eine Gelegenheit ausließ, seinen Nachfolger Leo von Caprivi als unfähig hinzustellen, schadete seinem Nimbus nicht. Im Gegenteil: In dem Maße, wie seine Gegner nun ihrerseits begannen, ihn zu attackieren, stieg seine Popularität. Die wachsende Idolisierung des „Reichsgründers“ war ein Politikum, das der kaiserlichen Entourage zunehmend Sorge bereitete. Denn unüberhörbar schwang darin ja auch Unmut über den Monarchen mit, der sich durch sei-

¹¹ Zit. nach: Hans-Joachim Schoeps (Hrsg.), Bismarck über Zeitgenossen – Zeitgenossen über Bismarck, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1981, S. 218.

ne selbstherrlichen Allüren und seine rhetorischen Entgleisungen bereits um viel Ansehen gebracht hatte. Schließlich ließ sich Wilhelm II. von seinen Ratgebern zu einem Treffen mit Bismarck im Januar 1894 überreden, das als großes Versöhnungsfest inszeniert wurde und in der Öffentlichkeit begeisterten Widerhall fand. An Bismarcks abschätzigem Urteil über den jungen Kaiser änderte das Spektakel freilich nicht das Geringste: Noch auf seinem Sterbebett sollte er ihn einen „dummen Jungen“ nennen.¹²

Bismarcks achtzigster Geburtstag am 1. April 1895 wurde zu einem gigantischen Event. Aus allen Regionen des Reiches reisten Delegationen an, um dem „Alten im Sachsenwald“ zu huldigen. Hunderte von Städten verliehen ihm die Ehrenbürgerschaft, Tausende Telegramme und Briefe überschwemmten das kleine Friedrichsruher Postamt.¹³ Im Reichstag jedoch lehnte eine Mehrheit aus Linksliberalen, katholischem Zentrum und Sozialdemokraten eine Glückwunschkarte an den „Reichsgründer“ ab – ein Zeichen, dass die Wunden, die Bismarcks innenpolitischer Konfliktkurs geschlagen hatte, noch keineswegs verheilt waren. Im nationalliberalen Bürgertum empörte man sich über den Beschluss des Parlaments, doch unter Sozialdemokraten erntete er viel Zustimmung. Ob denn „die Welt verrückt“ geworden sei, fragte man sich in Hamburger Arbeiterkneipen, so viel Aufhebens um „einen Mann zu machen, der genug Unglück heraufbeschworen hat“.¹⁴ Die Erinnerung an das 1890 ausgelaufene Sozialistengesetz war in diesem Milieu noch höchst lebendig.

Stilisierung zur nationalen Heldenfigur

Nach Bismarcks Tod 1898 nahm der Kult um seine Person ungeahnte Dimensionen an. Nicht geringen Anteil daran hatten die postum veröffentlichten Memoiren des Fürsten, „Gedanken und Erinnerungen“, die das Bild, das sich viele national gesinnte Deutsche vom „Reichsgründer“ machten, nachhaltig prä-

¹² Lothar Machtan, Bismarcks Tod und Deutschlands Tränen. Reportage einer Tragödie, München 1998, S. 66.

¹³ Vgl. Manfred Hank, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890–1898, S. 413f.

¹⁴ Richard J. Evans, Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892–1914, Reinbek 1989, S. 337.

ten. Die im November 1898 erschienenen ersten beiden Bände fanden reißenden Absatz. „In den Buchhandlungen“, notierte Baronin Spitzemberg, „prügelt man sich um Bismarcks Erinnerungen.“¹⁵ Der Bestseller avancierte zu einem der Lieblingsbücher der Deutschen. Ludwig Bambergler war einer der wenigen, der bedauerte, dass ein Buch, in dem „die Worte ‚Humanität‘ und ‚Zivilisation‘ nie anders erwähnt“ würden „als im Sinne der unbedingten Verspottung und der hohlen Phraseologie“ gerade bei der Jugend so viel Anklang fand. Dadurch würde „das fragwürdige Ideal der soldatischen ‚Schneidigkeit‘ mit allen seinen Auswüchsen zum höchsten Ausdruck des Nationalcharakters ausgebildet.“¹⁶ In den Denkmälern, die nach 1898 wie Pilze aus dem Boden schossen, fand dieses „fragwürdige Ideal“ seinen markantesten Ausdruck. Sie zeigten den „Reichsgründer“ in Kürassieruniform mit Pickelhaube, Stulpenstiefeln und Schwert – als martialischen Recken, der grimmigen Gesichts seinen Blick in unbestimmte Ferne schweifen lässt. Wie kein zweites symbolisiert das Hamburger Bismarck-Denkmal Hugo Lederers von 1906 in seiner kolossalen Größe den auftrumpfenden wilhelminischen Zeitgeist.¹⁷

Der Bismarck-Mythos löste sich zunehmend von der realen historischen Gestalt ab. Hinter dem Monumentalbild des „Eisernen Kanzlers“ verschwand, was seine Außenpolitik seit Mitte der 1870er Jahre ausgezeichnet hatte: der Sinn für Maß und Mäßigkeit, der Einsicht abgerungen, dass die Existenz des Deutschen Reiches nur gesichert werden könne, wenn es sich selbst als „saturiert“ definierte. Stattdessen wurde Bismarck nach seinem Tod zur Leitfigur eines überhitzten Nationalismus, in welche die wilhelminische Generation ihre imperialistischen Sehnsüchte hineinprojizierte. Besonders der kleine, aber einflussreiche Alldeutsche Verband begann Bismarcks Namen für die eigenen völkisch-expansionistischen Ziele in Anspruch zu nehmen. Jedes Jahr nach

Friedrichsruh zu pilgern und Bismarck durch Kranzniederlegungen zu ehren, galt den Alldeutschen als „heilige Pflicht“.¹⁸

Gegen die Stilisierung Bismarcks zur nationalen Heldenfigur erhob sich unter professionellen Historikern kaum Widerspruch. Im Gegenteil: Die meisten beteiligten sich eifrig daran, den Mythos mit wissenschaftlichen Argumenten zu untermauern. Ob die Vertreter der borussisch-kleindeutschen Schule, Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke, oder die sie um die Jahrhundertwende ablösenden „Neo-Rankeaner“ um Max Lenz, Erich Marcks oder Hermann Oncken – sie alle zollten „dem Schöpfer des Reiches freudig Tribut“ und waren geneigt, die Exzesse des Bismarck-Kults „als unschuldigen Überschwang hinzunehmen, als das etwas unangenehm dröhnende Echo einer an sich trefflichen Melodie“.¹⁹ So trugen sie zu einem gesellschaftlichen Klima bei, das sich schließlich in der begeisterten Zustimmung des nationalen Bürgertums zum Krieg im August 1914 ein Ventil schuf.

Zur geistigen Mobilmachung dieser Tage gehörte auch die Beschwörung des „Eisernen Kanzlers“. Vom „Bismarck in Feldgrau“ war die Rede, dessen Werk nun vollendet werden müsse.²⁰ Einen Höhepunkt erreichte die militante Bismarck-Verklärung anlässlich seines hundertsten Geburtstages am 1. April 1915. „Wir sehen ihn vor unseren Augen übermenschlich groß, als Roland und Siegfried zugleich“, verkündete der nationalliberale Politiker Gustav Stresemann, damals noch ein glühender Annexionist, und der Historiker Max Lenz sekundierte: „Bismarcks gewaltiger Schatten zieht mit in unseren Heeren. Sein Schwert ist es, dessen Schläge draußen so furchtbar widerhallen.“²¹ Nicht nur in offiziellen Veranstaltungen, sondern auch im privaten Kreis wurde des Reichskanzlers gedacht. Im Tagebuch des Hei-

¹⁵ Rudolf Vierhaus (Hrsg.), *Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg*, Göttingen 1983, S. 381 (20. 12. 1898); vgl. Otto von Bismarck, *Gesammelte Werke*, Neue Friedrichsruher Ausgabe, Abteilung IV: Gedanken und Erinnerungen, Paderborn u. a. 2012, S. VIII.

¹⁶ Gustav Seeber, *Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ von 1898*, in: Jost Dülffer/Hans Hübner (Hrsg.), *Otto von Bismarck. Person-Politik-Mythos*, Berlin 1993, S. 237–246, hier: S. 242.

¹⁷ Vgl. Susanne Wiborg, *Der größte Bismarck der Welt*, in: *Die Zeit* vom 1. 6. 2006, S. 68.

¹⁸ Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*, Hamburg 2003, S. 229f.

¹⁹ Hans-Günter Zmarzlik, *Das Bismarck-Bild der Deutschen – gestern und heute*, Freiburg 1967, S. 16f.

²⁰ Theobald Ziegler, *Bismarck und die akademische Jugend*, in: Max Lenz/Erich Marcks (Hrsg.), *Das Bismarck-Jahr*, Hamburg 1915, S. 252–295, hier: S. 257.

²¹ Zit. nach: Egmont Zechlin, *Das Bismarck-Bild 1915. Eine Mischung aus Sage und Mythos*, in: ders., *Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1979, S. 227–233, hier: S. 227f.

delberger Mediävisten Karl Hampe ist unter dem Datum des 1. April 1915 zu lesen: „Nachmittags hatten wir im Hause eine kleine Bismarckfeier. Lotte (Hampes Frau – *Anm. V. U.*) hat in der Wohnstube eine geliehene Bismarckstatue aufgestellt. Sie und die Kinder sagten Gedichte (...). Ich hatte das Ganze mit einer kleinen Rede eingeleitet.“^{f22}

Wie schon in den 1890er Jahren schloss die Berufung auf Bismarcks Titanengestalt im Weltkrieg immer auch eine Kritik an den für unfähig gehaltenen Nachfolgern ein, in diesem Falle an Theobald von Bethmann Hollweg, der den Annexionisten als „Flaumacher“ galt und auf dessen Sturz sie im Juli 1917 zielbewusst hinarbeiteten. Nicht zufällig sollte die Deutsche Vaterlandspartei, in der sich damals die Anhänger eines „Siegfriedens“ sammelten, ursprünglich den Namen „Bismarckbund“ tragen.^{f23} Nach den allzu lange gehegten Illusionen über Deutschlands Siegesaussichten wurden die Niederlage von 1918 und das ruhmlose Ende der Hohenzollernmonarchie in nationalkonservativen Kreisen doppelt schmerzhaft empfunden. „Wir haben zusammen geweint“, notierte Karl Hampe am 10. November. „Zur Stärkung las ich Lotte spät aus Bismarcks ‚Gedanken und Erinnerungen‘ den Abschnitt über 1848 vor.“^{f24}

Vorbild eines „wegweisenden Führers“

„Zurück zu Bismarck“ wurde zum Schlachtruf der politischen Rechten in der Weimarer Republik, das heißt all jener, die der geliebten Ordnung des Kaiserreiches hinterhertrauerten, die Deutschlands Großmachtstellung wieder herstellen wollten und eine starke Regierung über den Parteien herbeisehnten. „Wer männlich fühlt und denkt, wer von Bismarcks Geist einen Hauch verspürt hat, harret aus in Lehre und Beispiel, um die Rückkehr zu ihm zu erreichen“, erklärte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, im März 1920.^{f25}

^{f22} Karl Hampe, *Kriegstagebuch 1914–1918*, hrsg. von Folker Reichert und Eike Wolgast, München 2004, S. 217.

^{f23} Vgl. Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997, S. 149–151.

^{f24} K. Hampe (*Anm. 22*), S. 776 (10. 11. 1918).

^{f25} Zit. nach: Lothar Machtan (Hrsg.), *Bismarck und der deutsche Nationalmythos*, Bremen 1994, S. 35.

Der Bismarck-Mythos erhielt somit eine neue Funktion: Hatte er vor 1918 dazu gedient, das politische und gesellschaftliche System des Kaiserreiches zu legitimieren, so sollte er nun dazu beitragen, die demokratische Ordnung von Weimar zu destabilisieren.^{f26} Deutlich wurde dies zum Beispiel während der Veranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag der Reichsgründung am 18. Januar 1921. Der Romanist Victor Klemperer etwa notierte im Telegrammstil, was der Rektor der Technischen Universität Dresden in einer Feierstunde zum Besten gab: „Das Reich ist in Trümmern, schuld die Frevler an Bismarck, Regierende wie den Frevel duldendes Volk – ‚Kraft‘ muß wiederkommen etc.“ Klemperers Kommentar: „Teils Phrase, teils Reaction.“^{f27}

Die Dolchstoßlegende, also die Behauptung, Juden und Sozialisten seien für die Niederlage verantwortlich, verband sich mit dem Bismarck-Mythos zu einem trüben Gemisch, das die politische Kultur Weimars nachhaltig vergiftete. Dieser Propaganda hatte die demokratische Linke wenig entgegenzusetzen. Der den Sozialdemokraten nahestehende Freiburger Jurist Hermann Kantorowicz forderte 1921 dazu auf, endlich aus Bismarcks Schatten herauszutreten, denn solange jener „über den jungen Baum der deutschen Demokratie“ falle, könne „dieser nicht gedeihen“.^{f28} Auch der Erfolgsautor Emil Ludwig bemühte sich mit seiner populären Bismarck-Biografie von 1926 um einen Brückenschlag, indem er den Mythos aus der Verfügungsmacht der Republikgegner zu befreien suchte. Rudolf Olden dankte ihm in einer Rezension im „Berliner Tageblatt“: „Bismarck, das ist unsere, des Deutschen Reiches Geschichte. Wer so erzählt, daß Millionen Deutsche sie richtig lesen, der sichert den Weg, den es allein jetzt gehen kann, den Weg der Republik.“^{f29} Doch dies blieben Stimmen von Außenseitern. Das Gros der deutschnational orientierten Fach-

^{f26} Vgl. Robert Gerwarth, *Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler*, München 2007, S. 42 ff.

^{f27} Victor Klemperer, *Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum: Tagebücher 1918–1924*, hrsg. von Walter Nowojski, Berlin 1996, S. 408 (19. 1. 1921).

^{f28} Hermann Kantorowicz, *Bismarcks Schatten*, Freiburg/Br. 1921, S. 5.

^{f29} Sebastian Ullrich, *Im Dienste der Republik von Weimar. Emil Ludwig als Historiker und Publizist*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 49 (2001) 2, S. 130f.

historiker verharrte in feindseliger Distanz zur Weimarer Republik. Trotz mancher Fortschritte der Geschichtsforschung war die Faszinationskraft des Bismarck-Mythos ungebrochen. Die Herausgabe der „Gesammelten Werke“ Bismarcks seit 1924, so verdienstvoll sie auch war, diente denn auch einem politischen Zweck, den einer der Bearbeiter, Friedrich Thimme, unverblümt benannte: „unserer heranwachsenden Jugend und der kommenden Führerschicht unseres Volkes (...) ein leuchtendes Vorbild“ zu geben, „in welcher Weise sie das Ziel, Deutschlands Macht und Größe wiederherzustellen, erreichen können.“^{F⁰}

Der Ruf nach einem „zweiten Bismarck“ artikulierte sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik immer vernehmlicher. „Sein Bild vor allem schwebt uns vor“, rief der Münchner Historiker Karl Alexander von Müller auf dem Dritten Bismarck-Tag 1929 aus, „wenn wir hoffen, daß die politische Schöpferkraft unseres Volkes noch nicht erloschen ist und sich eines Tages wieder, wie ein Blitz im Gewölke, verdichtet zu einem wegweisenden Führer.“^{F¹} Nicht wenige sahen bereits vor 1933 in dem „Führer“ der NSDAP, Adolf Hitler, diese neue charismatische Heilsfigur. Jedenfalls konnten sich die Nationalsozialisten die weitverbreitete Sehnsucht nach einem politischen Messias zunutze machen. Geschickt bedienten sie sich in den ersten Monaten nach der „Machtergreifung“ Bismarcks Namen, indem sie sich als „junge Kraft“ präsentierten, die das Werk des großen Vorgängers fortsetzen wolle. Am 1. April 1933 pries Propagandaminister Joseph Goebbels im Rundfunk die „Wiedergeburt der Nation“ als „historisches Wunder“: „Bismarck war der große staatspolitische Revolutionär des 19. Jahrhunderts, Hitler ist der große staatspolitische Revolutionär des 20. Jahrhunderts.“^{F²} Je mehr sich aber Hitlers Diktatur konsolidierte und der Führerkult üppige Blüten trieb, desto weniger waren die Nationalsozialisten auf den Bismarck-Mythos als Legitimationsmittel angewiesen. Der

Reichsgründer wurde „zum Vorläufer degradiert“;^{F³} seine Bedeutung in der Symbolpolitik des „Dritten Reiches“ nahm kontinuierlich ab.

Deutungsversuche zwischen Glorifizierung und Verdammnis

Im konservativen Widerstand gegen Hitler begann man sich freilich in dem Maße auf Bismarck zurückzubedenken, wie deutlich wurde, dass der Diktator mit seiner verbrecherischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik alle zivilisatorischen Normen außer Kraft und dabei die Existenz des Reiches selbst aufs Spiel setzte. „Kaum zu ertragen, ich war dauernd nahe an Tränen beim Gedanken an das zerstörte Werk“, notierte der Diplomat Ulrich von Hassell nach einem Besuch in Friedrichsruh Anfang Juli 1944. „Ich habe mich in den letzten Jahren viel mit Bismarck beschäftigt, und er wächst als Außenpolitiker dauernd bei mir. Es ist bedauerlich, welch falsches Bild wir selbst in der Welt von ihm erzeugt haben, als dem Gewaltpolitiker mit Kürassierstiefeln, in der kindlichen Freude darüber, daß jemand Deutschland endlich wieder zur Geltung brachte.“^{F⁴}

Mit diesem Eingeständnis war eine Revision der nationalkonservativen Bismarck-Deutung eingeleitet, die sich nach dem Ende des „Dritten Reiches“ fortsetzen und zu einem grundlegenden Wandel der Betrachtungsweise führen sollte. Den Anfang machte der damals bereits über achtzigjährige Friedrich Meinecke mit seinem Essay „Die deutsche Katastrophe“ von 1946: „In der unmittelbaren Leistung Bismarcks selbst war etwas, das auf der Grenze zwischen Heilvollem und Unheilvollem lag und in seiner weiteren Entwicklung immer mehr zum Unheilvollen hinüberwachsen sollte“, schrieb der Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft. „Der erschütternde Verlauf des ersten und noch mehr des zweiten Weltkriegs läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späteren Unheils in ihm von vornherein wesenhaft steckten.“^{F⁵}

^{F⁰} Annelise Thimme (Hrsg.), Friedrich Thimme 1868–1938. Ein politischer Historiker, Publizist und Schriftsteller in seinen Briefen, Boppard am Rhein 1994, S. 311 (7.8.1931).

^{F¹} Zit. nach: L. Machtan (Anm. 25), S. 46; vgl. Matthias Berg, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014, S. 155 ff.

^{F²} Zit. nach: Lothar Machtan, Bismarck, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München 2001, S. 86–104, hier: S. 101.

^{F³} Theodor Heuss, Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch, Berlin 1951, S. 3.

^{F⁴} Ulrich von Hassell, Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Frankfurt/M. 1964, S. 319 (10.7.1944).

^{F⁵} Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 26.

Damit war die Kernfrage aufgeworfen, welche die deutsche Geschichtswissenschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten intensiv beschäftigen sollte: die nach der Kontinuität der deutschen Politik zwischen 1871 und 1933, zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“. ^{f36} In diesem Kontext wurde die Auseinandersetzung mit Person und Werk Otto von Bismarcks zur Nagelprobe für die Bereitschaft der Historiker, die überkommenen Deutungsmuster einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. ^{f37}

Auf die dreibändige, vor 1945 im englischen Exil geschriebene Bismarck-Biografie von Erich Eyck, die an die Kritik der linksliberalen Zeitgenossen des „Reichsgründers“ anknüpfte, reagierte die Zunft noch mit verstockter Abwehr. Für den Freiburger Historiker Gerhard Ritter bedeutete das Werk des Außenseiters „eine verspätete Revanche der durch Bismarck vergewaltigten und korrumpierten deutschen Liberalen von 1862–66“; anstelle der alten werde nun „eine neue Bismarcklegende, mit umgekehrten Vorzeichen,“ etabliert. ^{f38} Der Münchner Historikertag von 1949, der erste nach dem Zweiten Weltkrieg, stand denn auch ganz im Zeichen des Versuchs, jeden Zusammenhang zwischen der Politik Bismarcks und der Hitlers zurückzuweisen. Als Hauptredner hatte man sich schon früh um Hans Rothfels bemüht, den die Nazis wegen seiner jüdischen Herkunft von seinem Königsberger Lehrstuhl vertrieben und in die Emigration gezwungen hatten. „Er wäre der vom Himmel gesandte Mann für das Bismarck-Thema“, schrieb Hermann Aubin im November 1948 an Gerhard Ritter. ^{f39} Und Rothfels enttäuschte die in ihn gesetzten Erwartungen nicht. Sein mit viel Applaus bedachter Vortrag mündete in die Feststellung einer „Grundtatsache“: dass „das Zweite Reich im Entscheidenden und in prinzipieller Grenzsetzung genau

gegen all das stand, was das Dritte Reich propagierte oder tat.“ ^{f40} Diese scharfe Grenzziehung ließ sich jedoch auf Dauer nicht halten. In den folgenden beiden Jahrzehnten wurde sie durch die historische Forschung zunehmend durchbrochen. Neben den Diskontinuitäten rückten nun auch die Kontinuitäten ins Blickfeld. Daran hatte vor allem das 1961 erschienene Werk des Hamburger Historikers Fritz Fischer über die deutsche Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, „Griff nach der Weltmacht“, entscheidenden Anteil. Parallel dazu differenzierte sich auch das Bild Bismarcks und der Bismarck-Zeit aus, traten die Schattenseiten seiner Herrschaft, vor allem in der Innenpolitik, schärfer hervor.

Die Revision des Bismarck-Bildes trug auch in Politik und Öffentlichkeit allmählich Früchte. Hatte Bundeskanzler Ludwig Erhard Bismarck zum 150. Geburtstag am 1. April 1965 noch als „Sinnbild“ des Strebens nach nationaler Einheit gefeiert, so erklärte Bundespräsident Gustav Heinemann anlässlich des hundertsten Jahrestages der Kaiserproklamation von Versailles, dass 1871 nur „eine äußere Einheit ohne volle innere Freiheit der Bürger“ erreicht worden sei. Der „Reichsgründer“ gehöre folglich nicht in die „schwarz-rot-goldene Ahnengalerie“. ^{f41} Gewissermaßen die Quintessenz unter die jahrzehntelange Debatte zog Lothar Gall 1980 mit seiner großen, bis heute maßstabsetzenden Bismarck-Biografie. Ihm gelang das Kunststück, sich von einseitiger Glorifizierung und Verdammnis gleich weit entfernt zu halten und den „weißen Revolutionär“ bemerkenswert kritisch unter den Bedingungen seiner Zeit zu porträtieren. ^{f42} Fünf Jahre später veröffentlichte der Altmeister der DDR-Geschichtsschreibung, Ernst Engelberg, den ersten Band einer zeitgleich in Ost und West veröffentlichten Biografie, in der er sich dem vordem als stockreaktionär verschrienen Junker auf überraschend verständnisvolle Weise annäherte. ^{f43} Als der zweite Band 1990 er-

^{f36} Siehe auch Andreas Wirschings Beitrag in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

^{f37} Vgl. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 224.

^{f38} Gerhard Ritter, *Das Bismarck-Problem* (1950), in: Lothar Gall (Hrsg.), *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln–Berlin 1971, S. 121, S. 134; vgl. Christoph Cornelißen, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 507ff.

^{f39} Zit. nach: Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 179.

^{f40} Hans Rothfels, *Bismarck und das 19. Jahrhundert*, in: L. Gall (*Anm.* 38), S. 95; vgl. Jan Eckel, *Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 230.

^{f41} Zit. nach: R. Gerwarth (*Anm.* 26), S. 184, 189.

^{f42} Lothar Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Berlin 1980.

^{f43} Vgl. Ernst Engelberg, *Bismarck*, Bd. 1: *Urpreuße und Reichsgründer*, Berlin 1995; ders., *Bismarck*, Bd. 2: *Das Reich in der Mitte Europas*, Berlin 1990.

schien, war die DDR bereits untergegangen, hatten sich die beiden Teilstaaten, die aus der Trümmermasse des ersten deutschen Nationalstaates hervorgegangen waren, vereinigt.

Endlich Geschichte?

Hat Bismarck seitdem wieder eine „neue, fast bedrängende Bedeutung“ gewonnen?¹⁴⁴ Keineswegs, denn die Unterschiede zwischen 1871 und 1990 sind nicht zu übersehen: Der zweite deutsche Nationalstaat ist nicht durch „Blut und Eisen“ entstanden, sondern unter demokratischem Vorzeichen im Zuge einvernehmlicher Verhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Er ist keine Schöpfung „von oben“, sondern der Anstoß ging „von unten“ aus, von den Reformbewegungen in den osteuropäischen Staaten und der Friedlichen Revolution in der DDR. Und auch wenn manche das vereinigte Deutschland aufgrund seiner ökonomischen Stärke bereits wieder in die Rolle einer europäischen Hegemonialmacht hineinfantasieren, so sprengt es zumindest bislang nicht das Gleichgewicht auf dem Kontinent. Befürchtungen, der Bismarck-Mythos könne im Zusammenhang mit einem neuen deutschen Nationalismus wiederbelebt werden, haben sich bislang nicht bewahrheitet.

Als wohl bedeutendster deutscher Staatsmann seines Jahrhunderts ist Bismarck immer noch ein Gegenstand unseres historischen Interesses, aber er polarisiert nicht mehr. „Sein Bild, lange von der Parteien Gunst und Hass verzerrt, hat sich geklärt.“¹⁴⁵ An die Stelle leidenschaftlich umkämpfter kollektiver Erinnerung ist eine konsequente Historisierung getreten, die den „Reichsgründer“ nüchtern abwägend, mit seinen Leistungen und Grenzen, seinen Widersprüchen und Ambivalenzen zeigt. Vielleicht lässt sich sagen, dass er erst jetzt, zweihundert Jahre nach seiner Geburt, ganz der Geschichte angehört.

¹⁴⁴ Christian Graf von Krockow, *Bismarck*, Stuttgart 1997, S. 8.

¹⁴⁵ Theo Sommer, Mahnung zu Maß und Mitte, in: *Die Zeit* vom 30.7.1998, S. 1.

Sandrine Kott

Bismarck-Bilder in Frankreich und Europa

Bundeskanzlerin Angela Merkel betreibe eine „Bismarck-Politik“, kommentierte der französische Politiker der Sozialistischen Partei und zukünftige Minister Arnaud Montebourg am 30. November 2011 die deutsche Währungspolitik in Europa. Diese Bemerkung war und ist kein Einzelfall, sondern vielmehr bezeichnend für den vermehrten Bezug auf den ersten deutschen Kanzler durch französische Politiker und Publizisten angesichts einer empfundenen „Rückkehr“ der deutschen Macht seit der zweiten deutschen Einheit. Arnaud Montebourg wurde für seine Tirade stark kritisiert, galt manchen gar als Populist und Germanophob.¹ Dennoch wäre es zu simpel, diese kritische Bismarck-Referenz auf einen einfachen nationalen Konflikt zu reduzieren.

Sandrine Kott

Dr. phil., geb. 1960; Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Universität Genf, 5 rue Saint Ours, 1211 Genf/Schweiz. sandrine.kott@unige.ch

Wie schon nach der ersten deutschen Einheit dient Bismarck, der als Akteur und Sinnbild deutscher Macht wahrgenommen wird, in erster Linie als Projektionsfläche für die Ängste vor einem Niedergang Frankreichs² sowie für die politischen Unstimmigkeiten in Frankreich und Europa. Davon zeugt auch Montebourgs Rechtfertigung, die er einen Tag später auf seinem Blog veröffentlichte: „Bismarck traf die politische Entscheidung, die deutschen Fürstentümer zu vereinen, indem er die europäischen Länder und insbesondere Frankreich zu dominieren suchte. In frappierender Ähnlichkeit sucht die deutsche Kanzlerin Angela Merkel ihre innenpolitischen Probleme zu lösen, indem sie die Wirtschafts- und Finanzordnung der deutschen Konservativen dem ganzen übrigen Europa aufzwingt.“³ Durch die Figur Bismarck wird also weniger Deutschland im Allgemeinen infrage gestellt, als gewisse wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen sowie eine „autoritäre“

Konzeption Europas. Ausgehend von diesen Spannungen werde ich die Wahrnehmung Bismarcks in Europa und insbesondere in Frankreich untersuchen und analysieren, wie Bismarck für die Europäerinnen und Europäer einerseits das „schlechte“, konservative und kriegerische Deutschland verkörpern konnte und andererseits den die europäischen Gleichgewichte respektierenden „Schmied“ der neuen Nation, bevor ich die rein europäische Dimension Bismarcks diskutiere.

Dämon der Deutschen

Als Bismarck in den 1860er Jahren erstmals im politischen Betrieb Frankreichs in Erscheinung trat, herrschte unter den französischen Eliten noch ein positives, gar engelsgleiches Bild des gespaltenen und schwachen Deutschlands vor. Die Deutschen galten im Sinne Madame de Staëls als ein kosmopolitisches und progressives Volk von Dichtern und Denkern. Für republikanische Intellektuelle wie den Historiker Jules Michelet und die Philosophen Henri Taine und Ernest Renan war Deutschland das Land der Aufklärung, waren die deutschen Universitäten Orte der Freiheit des Geistes.¹ Vor diesem Hintergrund galt Bismarck nach dem Sieg Preußens bei der Schlacht von Königgrätz zunächst weitgehend als Verteidiger von Fortschritt und Freiheit gegen den von Österreich verkörperten katholischen Obskurantismus.²

Übersetzung aus dem Französischen: Anne-Sophie Friedel, Bonn.

¹ Vgl. insbesondere die Reaktion des grünen Abgeordneten mit deutsch-französischer Staatsangehörigkeit Daniel Cohn-Bendit, in: *Le Parisien* vom 30. 11. 2011.

² Vgl. Georges Valance, *France-Allemagne: le retour de Bismarck*, Paris 1990.

³ Arnaud Montebourg, *Madame Merkel, Bismarck, l'euro et nous, les autres Européens ...*, 1. 12. 2011, www.arnaudmontebourg.fr/madame-merkel-bismarck-l'euro-et-nous-les-autres-europeens.../ (9. 2. 2015).

⁴ Vgl. Philippe Darriulat, *Les patriotes: la gauche républicaine et la nation, 1830–1870*, Paris 2001; André Monchoux, *L'Allemagne devant les lettres françaises de 1814 à 1835*, Paris 1953; Louis Reynaud, *L'Influence allemande en France au XVIII^e et au XIX^e siècle*, Paris 1922; Michel Espagne, *Un chaos bienfaisant: la découverte du „Sturm und Drang“ et de la philosophie idéaliste*, in: *Musée du Petit Palais* (Hrsg.), *Marianne et Germania (1789–1889). Un siècle de passion franco-allemande*, Paris 1998, S. 33–41.

⁵ Vgl. André Armengaud, *L'Opinion publique en France et la crise nationale allemande en 1866*, Paris 1962, S. 7–11, S. 55–80.

Dennoch wurden angesichts der Brutalität der preußischen Armee zugleich besorgte Stimmen laut. In der liberalen „Revue des deux Mondes“ wurde mehrfach betont, dass in Wahrheit der Eroberungswille überwiege.⁶ Der Journalist Emile de Girardin sah in Bismarck eine Gefahr für das Deutschland der Aufklärung: „Mit der einen Hand schmeichelt der Oger von Berlin Deutschland, mit der anderen droht er, es gewaltsam zu verschlingen.“⁷ Diese Einschätzung äußerte 1870 auch der Germanist Alfred Mezières: „Das friedliche, gemäßigte Deutschland, das wir für das große, wahre Deutschland hielten, von dem wir dachten, dass es mehrheitlich das Land ausmache, wurde von Preußen überwältigt. Dann sahen wir ein ehrgeiziges, gieriges, erobungslustiges Deutschland, wie es letztlich von Herrn von Bismarcks Hand geformt worden war, sich auf uns stürzen.“⁸ Dieses Bild eines guten und sanften, westlichen und rheinischen Deutschlands, das durch Bismarck, den preußischen Menschenfresser slawisch vermuteter Herkunft,⁹ verroht worden war, überwog nach der Schlacht von Sedan und der Belagerung von Paris im deutsch-französischen Krieg 1870/71 deutlich.¹⁰

Bismarck wurde zum Sinnbild eines feudalen und barbarischen Preußens. Während der Bonapartist Victor de Persigny ihn 1850 als „schönen Mann mit angenehmen Umgangsformen“¹¹ beschrieben und der Republikaner Jules Favre ihm 1870 noch „eine natürliche Unkompliziertheit beinahe bis zur Bonhomie“¹² zugeschrieben hatte, war Bismarck im großen republikanischen Geschichtsbuch von 1929 zu einem „Koloss“ geworden, „aus dessen geradem und kühnem Blick seiner blauen Augen die Stärke sprach,

⁶ Vgl. Eugène Forcade, *Chronique de la quinzaine*, in: *Revue des deux Mondes*, (1866) August.

⁷ *La Liberté* vom 4. 7. 1866.

⁸ *Revue politique et littéraire* vom 15. 10. 1870.

⁹ Vgl. Louis Cons, *Un siècle d'histoire de l'Allemagne*, Paris 1910, S. 151.

¹⁰ Vgl. Michael Jeismann, *Guerres d'Etat et instinct populaire. L'Allemagne dans la perception française (1870–1871)*, in: *Musée du Petit Palais* (Anm. 4), S. 85–92.

¹¹ Albert Victor Fialin Duc de Persigny, *Mémoires du duc de Persigny*, hrsg. von M. H. de Laire, Paris 1896, S. 282.

¹² Jules Favre, *Le Gouvernement de la Défense nationale. Du 30 juin au 31 octobre 1870: Entrevue de Ferrières*, Paris 1871, S. 171.

der Mut, die Kämpfernote“, sowie zu einem „(s)krupellose(n) Mann der Tat und des Kampfes, (...) mit einzigem Glaube und Ziel die Macht; PreuÙe bis ins Mark“.I¹³ Mitunter wurde er als Menschenfresser betitelt, wie 1898 nach seinem Tod in dem Lied „Der Oger von Berlin ist tot“,I¹⁴ oder als Tier: „Der erste Vergleich, der einem in den Sinn kommt, ist die Bulldogge.“I¹⁵ „Bismarck“ war im Paris der 1870er Jahre tatsäclich ein Hundename. Die Grausamkeit, die er beim Frankreichfeldzug bewiesen habe – er habe sogar den Geruch der Leichen mit dem gebratener Zwiebeln verglichenI¹⁶ – galt als Zeugnis seiner Unmenschlichkeit. Viele Republikaner und Liberale in Frankreich wie in ganz EuropaI¹⁷ und auch in Deutschland führten selbst diese Grausamkeit auf den preuÙischen Konservatismus und Militarismus zurück, die Bismarck verkörperte.I¹⁸

Die Rezeption seiner Politik als Reichskanzler im Laufe der von Kulturkampf und Sozialistengesetz geprägten 1870er Jahre nährte dieses negative Bild. In den Augen der Mehrheit der französischen Politiker betrieb der Junker Bismarck eine autoritäre und brutale Politik nach der Formel „Macht vor Recht“. Diese Wahrnehmung teilten die meisten liberalen, sozialistischen und katholischen Kreise in Europa. Die bedeutende liberale Tageszeitung „Le Temps“,I¹⁹ die als „Zeitung der Republik“ galt, und ihr kompromissloses katholisches Pendant „L'Univers“ waren trotz ihrer gegensätzlichen Weltanschauungen in diesem Falle einer Meinung: Die zeitgenössischen Artikel beider Zeitungen zeugen von der Entstehung

einer Art „antibismarckschen“ Konsenses in der französischen Öffentlichkeit. In beiden Zeitungen spielte das politische Geschehen in Deutschland unter Bismarck nur eine bescheidene Rolle, und beide schenkten den im Zuge des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes ergriffenen repressiven Maßnahmen die meiste Aufmerksamkeit. Obwohl die liberalen Journalisten des „Temps“ zuvor eine starke Abneigung gegenüber den politischen Leitlinien des Papstes an den Tag gelegt hatten, betrachteten sie die gegen die Katholiken ergriffenen Maßnahmen als schwerwiegende Verletzung der Grundfreiheiten und bedauerten, dass nur eine Minderheit der deutschen Liberalen sich dagegen widersetzte. In diesem „Verrat“ der Liberalen sahen sie das Ergebnis des grundsätzlich korumpierenden Einflusses Bismarcks auf die deutsche Politik, dessen autoritäres Verhalten die gesamte Gesellschaft ansteckte.I²⁰

Ähnlich interpretierten die liberale und die katholische Presse auch das Sozialistengesetz.I²¹ Die Liberalen warfen Bismarck in diesem Zusammenhang vor, die Integration der Sozialdemokratie in den deutschen Politikbetrieb zu blockieren: „Ausnahmezustand und Parlamentarismus sind inkompatibel. Vom Kaiserreich geächtet können sich die Führer des Sozialismus nicht auf Verfassungsebene positionieren.“I²² Für die französischen Liberalen, die in dieser Hinsicht einem Teil der deutschen liberalen Linken sehr nahe standen, verhinderte die autoritäre Politik Bismarcks die Entwicklung Deutschlands zum Parlamentarismus sowie jeglichen Fortschritt hin zu einer freien und demokratischen politischen Kultur.I²³ Bismarcks Sozialpolitik der 1880er Jahre und insbesondere die Gesetze zur Versicherungspflicht der Arbeiter stießen bei den französischen und europäischen Kommentatoren ebenso wenig auf Zustimmung und wurden vielmehr als Ausdruck des Autoritarismus und des politischen „Rückstandes“ Deutschlands wahrgenommen.I²⁴ „Le Temps“ lieferte an-

I¹³ Albert Mallet/Jules Isaac, *Histoire contemporaine depuis le milieu du XIX^e siècle*, Paris 1929, S. 219.

I¹⁴ Thomas de la Borde, *Mort et testament de Bismarck*, Lied aus dem Jahr 1898.

I¹⁵ Marie Dronsart, *Le prince de Bismarck. Sa vie, son œuvre*, Paris 1887, S. 30.

I¹⁶ Vgl. Jules Poirier, *Le prince de Bismarck en Champagne. Souvenirs de 1870*, Reims 1898; Moritz Busch, *Graf Bismarck und seine Leute während des Kriegs mit Frankreich*, Nach Tagebuchblättern, 2 Bde., Leipzig 1878, S. 114.

I¹⁷ Vgl. Klaus Hildebrand/Eberhard Kolb (Hrsg.), *Otto von Bismarck im Spiegel Europas*, Paderborn 2006.

I¹⁸ Vgl. Sandrine Kott, *Bismarck*, Paris 2003, S. 175–187.

I¹⁹ „Le Temps“ war damals eine der wenigen französischen Tageszeitungen mit einem Korrespondenten in Deutschland.

I²⁰ Vgl. *Le Temps* vom 30. 11. 1871 und insbesondere vom 2. 10. 1872.

I²¹ Vgl. *Le Temps* vom 25. 5. 1878.

I²² *Le Temps* vom 13. 6. 1885.

I²³ Vgl. Ludwig Bamberger, *Bismarck Posthumus*, Berlin 1899, S. 5.

I²⁴ Vgl. Sandrine Kott, *Sozialstaat und Gesellschaft. Das deutsche Kaiserreich in Europa*, Göttingen 2014, S. 47ff.

lässlich der Eröffnung der Internationalen Arbeitsschutzkonferenz in Berlin 1890 folgende Interpretation, die mit jener britischer Beobachter übereinstimmte: „Der Staatssozialismus ist die jüngste Form des Feudalismus. Es handelt sich um den feudalen Schutz der Untertanen durch den Lehnsherren.“²⁵ Erst um die Jahrhundertwende waren in der sozialliberalen und sozialistischen Bewegung Stimmen zugunsten verpflichtender Sozialversicherungen nach „Bismarcks Modell“ zu vernehmen.²⁶

Nationalgenie

Obwohl die französische Rezeption der Bismarckschen Politik von einem negativen Bismarck-Bild dominiert war, entwickelte sich in einzelnen Kreisen auch ein anderes. Bereits Anfang der 1870er Jahre gab es einige französische Intellektuelle, die die Niederlage mit gewissen französischen Schwächen erklärten und in Deutschland eine Inspirationsquelle sehen wollten.²⁷ „Die Barbaren genannten Deutschen sind in der Tat viel gebildeter als wir“,²⁸ merkte etwa der protestantische Schriftsteller Agénor Etienne de Gasparin an. In bestimmten liberalen und sozialistischen Kreisen sah man in einzelnen politischen Maßnahmen Bismarcks wie der Schulpolitik²⁹ und später der Sozialgesetzgebung durchaus ein Vorbild für die Regeneration Frankreichs. Diese positive Wahrnehmung verbreitete sich Ende der 1880er Jahre, als Stabilität und Macht des Bismarck-Reiches außer Frage standen.³⁰ 1899 ging der Germanist Charles Andler sogar so weit zu behaupten, Bismarck habe für seine Politik und auch

für die Sozialgesetzgebung seine Inspiration in Frankreich gefunden.³¹

Verbreitet war der Konsens darüber, dass Bismarck als einziges großes Ziel die Einigung Deutschlands verfolgt und erreicht hatte. In diesem Zusammenhang wurde er überall in Europa, insbesondere aber in Italien, als großer Patriot anerkannt. Die Schriftstellerin Marie Dronsart räumte ein: „Es sind bei Bismarck gewisse Eigenschaften anzuerkennen, von denen man sich inspirieren lassen sollte: Disziplin, unbeugsamer Patriotismus (...).“³² Insbesondere Bismarcks Nationalismus wurde in den 1880er Jahren in ultranationalistischen Schriften gepriesen, einige französische Nationalisten empfahlen den Franzosen gar „Nationalismusunterricht“ bei Bismarck.³³ Um die Jahrhundertwende drückten manche nationalistische Intellektuelle und Politiker, die die Niederlage von 1870 nicht selbst erlebt hatten, sogar ihre Bewunderung für ihn aus,³⁴ wie beispielsweise der Historiker und Politiker Charles Benoist: „Bismarck verkörpert 28 Jahre lang zum größten Ruhm Preußens in Deutschland den von Machiavelli beschriebenen Fürsten.“³⁵

Manche französische Liberale zollten Bismarcks Realpolitik Anerkennung, seinem diplomatischen Genie und seiner politischen Kunstfertigkeit. „Nachdem er Preußen durch Eroberungen vergrößert und die deutsche Einheit begründet hatte, kümmerte sich Herr von Bismarck lediglich um die Erhaltung der durch sein Geschick und seine Kühnheit erworbenen ruhmreichen Vorteile für sein Land (...). Seine Vision entsprach völlig den Erwartungen der Nation, die, fest entschlossen, alles Erworbene zu behalten, ebenfalls zu keinen neuen Abenteuern bereit war und in Frieden ihren Ruhm und ihr Glück genießen wollte“,³⁶

²⁵ Le Temps vom 16. 3. 1890, S. 2.

²⁶ Vgl. Ernst Peter Hennock, *British Social Reform and German Precedents: The Case of Social Insurance, 1880–1914*, Oxford 1987.

²⁷ Vgl. Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française (1870–1914)*, Paris 1959, S. 5.

²⁸ Agénor Etienne de Gasparin, *La France, nos fautes, nos périls, notre avenir*, Bd. 2, Paris 1872, S. 283; vgl. auch die positive Einstellung anderer französischer Protestanten wie Gabriel Monod, *Allemands et Français, souvenirs de campagne: Metz, Sedan, la Loire*, Paris 1872.

²⁹ Vgl. Charles Renouvier, *L'esprit germanique et l'esprit latin*, in: *Revue critique* vom 2. 10. 1873.

³⁰ Sogar der bekannte Historiker und Deutschlandgegner Ernest Lavisse sollte das erkennen, vgl. Ernest Lavisse, *Notes prises dans une excursion en Allemagne*, in: *Revue des deux Mondes*, (1886) Juni, S. 903–921.

³¹ Vgl. Charles Andler, *Le prince de Bismarck*, Paris 1899, S. 361 f.

³² M. Dronsart (Anm. 15), S. VII.

³³ Vgl. beispielsweise die Flugschrift o. A., *Les derniers jours de B ou le péril de l'Europe. Par un bon français*, Vichy 1888.

³⁴ Zur Wandlung der französischen Wahrnehmung Deutschlands ab Mitte der 1880er Jahre vgl. C. Digeon (Anm. 27), S. 344–361, S. 385–450.

³⁵ Charles Benoist, *Le prince de Bismarck. Psychologie de l'homme fort*, Paris 1900, S. 8.

³⁶ M. G. Valbert, *L'arbitrage international et la paix perpétuelle*, in: *Revue des deux Mondes*, (1889) März, S. 209.

lobte etwa Bismarcks vormaliger Verleumder Victor Cherbulliez, alias M. G. Valbert, Bismarcks gemäßigte Außenpolitik. So war der einstige Eroberer Frankreichs bis 1890 in den Augen mancher französischer Liberaler zum besten Garanten für den Frieden geworden. Als Bismarck von Wilhelm II. entlassen wurde, schrieb Cherbulliez: „Die persönliche Regierung eines Genies mit außergewöhnlicher Erfahrung wurde soeben ersetzt durch einen unternehmungslustigen und hektischen jungen König, der ungeduldig ist, seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und Sporen zu gewinnen.“^{f37}

So entstand allmählich das Bild des „guten Europäers“ Bismarck. Tatsächlich hatte er es verstanden, die europäischen Rivalitäten auszunutzen. Wenn man jedoch seinen eigenen Aussagen glaubt, war Europa für ihn bereits seit den 1850er Jahren nie etwas anderes als eine geografische Tatsache gewesen. Er behauptete, die berühmte „europäische Solidarität“ sei nur ein Spiel der Gleichgewichte zwischen den Mächten, das er zugunsten Preußens zum Funktionieren gebracht habe.^{f38}

Europäer?

Dennoch schien sich ein Jahrhundert später die Europäisierung der Person Bismarcks durchgesetzt zu haben. 1990 eröffnete das Deutsche Historische Museum eine Ausstellung mit dem vielsagenden Titel „Bismarck: Preußen, Deutschland und Europa“, die Bismarck nicht in erster Linie als „Schmied“ der deutschen Einheit darstellte, sondern vielmehr als aufgeklärten Zeugen spezifischer Entwicklungen im Europa seiner Zeit, wie des Übergangs von einer ruralen, landwirtschaftlich geprägten zu einer urbanen, industriell geprägten Welt, der Entwicklung der sozialen Frage und der Einrichtung parlamentarischer Institutionen. Anlässlich der Feierlichkeiten zu seinem hundertjährigen Todestag 1998 betonten der Bundesinnenminister Manfred Kanther sowie der ehemali-

ge US-Außenminister Henry Kissinger erneut die europäische Dimension des Werkes und der Person Bismarcks. Im selben Jahr veröffentlichte der französische Historiker Joseph Rovin ein Buch, in dem er Bismarck einen Anteil an der europäischen Einigung zuschrieb.^{f39} Inwiefern ist es über diesen eindeutigen Versöhnungswillen hinaus möglich, in Bismarck eine Art „europäischen Erinnerungsort“ als Identitätsbezug für Europäer zu sehen?

Bismarck ist in erster Linie ein deutscher Politiker und erscheint nicht in den „Ahnen-galerien“ anderer europäischer Nationen. Anders als der Italiener Giuseppe Garibaldi,^{f40} der Ungar Lajos Kossuth^{f41} oder später der Brite Winston Churchill, die alle als Freiheitskämpfer gelten, gehört Bismarck, dessen Name übrigens weder in Frankreich noch in anderen europäischen Ländern Straßen bezeichnet(e), nicht in ein republikanisches Pantheon. Dennoch nimmt Bismarck in der Geschichte großer europäischer Politiker in vielerlei Hinsicht einen wichtigen Platz ein.

Bismarcks Taten wurden schon zu seinen Lebzeiten von Politikern, Journalisten und Publizisten überall in Europa ausgiebig kommentiert. Interessanterweise war er auch Gegenstand sehr vieler Karikaturen – eine für die Herausbildung der öffentlichen Meinung im Europa des 19. Jahrhunderts charakteristische politische Ausdrucksform. Nun weisen die vielen karikierenden Darstellungen Bismarcks in europäischen Zeitungen wie beispielsweise im französischen „Charivari“ oder im britischen „Punch“ oder „Puck“ darauf hin, dass es über die rein nationalen, mit dem jeweiligen spezifischen politischen Zusammenhang verbundenen Wahrnehmungen hinaus sehr wohl eine „europäische“ Darstellung Bismarcks gab. Überall verkörperte er, oft mit Pickelhaube versehen, in erster Linie den Soldaten und Machtmenschen. Er wurde aber auch als gerissener Balancierkünstler dargestellt und nach seiner Entlassung schließlich

^{f37} Ders., La démission de M. de Bismarck et l'opinion allemande, in: Revue des deux Mondes, (1890) April, S. 670, S. 678.

^{f38} Vgl. Theodor Schieder, Bismarck und Europa. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem, in: Werner Conze (Hrsg.), Deutschland und Europa, Düsseldorf 1951, S. 15–40.

^{f39} Vgl. Joseph Rovin, Bismarck, l'Allemagne et l'Europe unie: 1898–1998–2098, Paris 1998.

^{f40} Vgl. Maurice Agulhon, L'histoire vagabonde, Bd. 2, Paris 1988, S. 85–132.

^{f41} Vgl. Sylvie Aprile, Kossuth et la France: un héros controversé, in: Ramona Bordei-Boca (Hrsg.), La révolution de 1848, la France et l'identité nationale roumaine, Dijon 2002, S. 87–101.

als verlassener alter Mann und Universalfigur der Nichtigkeit der Dinge.¹⁴²

Das Bild von Bismarck als europäischem Staatsmann entstand vor allem postum. Nach seinem Tod wurde Bismarck in Deutschland regelrecht verehrt, was sich in der Errichtung unzähliger Denkmäler durch Bürgerinitiativen widerspiegelte.¹⁴³ Obwohl das Bismarck-Denkmal seinerzeit zweifellos Ausdruck des deutschen Nationalismus war, reiht es sich in die europaweite Vervielfältigung öffentlicher Denkmäler seit den 1830er Jahren ein, durch die sich die Nationen eine Möglichkeit der Selbstverehrung schafften. Während es in Frankreich jedoch keinen der Monumentalisierung Bismarcks entsprechenden Trend gab oder gibt, ist beispielsweise der Kult um Garibaldi in Italien Ende des 19. Jahrhunderts durchaus vergleichbar.¹⁴⁴

Auch Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ sind Teil einer europäischen Kultur großer Staatsmänner. Die ersten zwei Bände erschienen 1898 und wurden in den Folgejahren ins Französische, Englische, Italienische und Spanische übersetzt. Diese Memoiren reihen sich ein in eine europäische Tradition der politischen Autobiografie von Julius Caesar bis Winston Churchill und Charles de Gaulle. Gewiss stellte sich Bismarck darin als der „Schmied“ des deutschen Nationalstaates dar, der zugleich die europäischen Gleichgewichte wahrte, ebenso wie Churchill sich in seinen zwischen 1948 und 1954 erschienenen Memoiren „Der Zweite Weltkrieg“ als Beschützer Europas gegen Adolf Hitler präsentierte. So folgte Bismarck der Tradition des großen Europäers, der über die Nation hinauswächst, die ihn emporgetragen hat, um eine Art europäische Universalität zu verkörpern.¹⁴⁵

¹⁴² Vgl. Karl Walther, *Bismarck in der Karikatur*, Stuttgart 1898; Heinrich Dormeier, *Bismarck in der Karikatur des Auslands*, Berlin 1990.

¹⁴³ Vgl. Michael Courtney Quinn, *Bismarck in Walhalla. The Cult of Bismarck and the Politics of National Identity in Imperial Germany, 1890–1915*, Ann Arbor 1993; Dirk Reinhartz/Christian Graf von Krockow, *Bismarck. Vom Verrat der Denkmäler*, Göttingen 1991.

¹⁴⁴ Vgl. Salvatore Abita/Maria Antonella Fusco, *Garibaldi nell'iconografia dei suoi templi*, Mailand 1982.

¹⁴⁵ Für eine vergleichende Übersicht über die umfangreiche Forschungsliteratur zu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ vgl. Otto Pflanze, *Bismarck's Gedanken und Erinnerungen*, in: George Egerton (Hrsg.), *Political Memoir. Essays on the Politics of Memory*, London 1994, S. 28–62.

Überdies eignet sich seine Person für widersprüchliche politische Interpretationen: So formulierte der einflussreiche katalanische Theoretiker und Politiker Enric Prat de la Riba Anfang des 20. Jahrhunderts für die Katalanen einen „preußischen Plan“ und stellte Bismarck als denjenigen dar, der Deutschland erfolgreich um Preußen herum geeint hatte und somit einen Weg zur Einigung Spaniens um Katalonien wies.¹⁴⁶ Zur Jahrtausendwende stand weniger die nationale Einheit als vielmehr ihre bundesstaatliche Form im Vordergrund: 1998 sahen mehrere diesbezüglich befragte europäische Journalisten in Bismarck den Meister des Föderalismus und damit ein mögliches Vorbild für die europäische Integration. In dieser Hinsicht ist es interessant zu beobachten, dass die vielfältigen Urteile über Bismarck eher einer politischen Logik folgen als einer rein nationalen. Die sozialistische oder liberale europäische Linke verbindet Bismarck seit jeher mit Autoritarismus, Populismus und politischer Brutalität. Zu seinem 150. Geburtstag 1965 erklärte Willy Brandt: „Bismarck gelang die Einigung nach außen; die Einigung nach innen gelang ihm nicht (...). Für die demokratische Entwicklung in Deutschland war Bismarck mit seinem Vorurteil von einem über den Bürger thronenden Staat leider ein Unglück“¹⁴⁷ – eine von zahlreichen Sozialisten in Europa und auch 2011 von Arnaud Montebourg geteilte Beurteilung. Im Gegensatz dazu betrachteten die spanischen Historiker des *Opus Dei* der 1950er Jahre Calvo Serer oder Angel Lopez Amo Bismarck als Vorbild für eine elitäre und autoritäre Regierungsform des dritten Weges.

In einem 2002 in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ erschienenen Artikel hob der liberale Journalist Jean-Claude Casanova die Existenz eines Trios konservativer Realpolitiker bestehend aus Bismarck, Churchill und de Gaulle hervor, zu dem auch der italienische Staatsmann Camillo Benso Graf von Cavour gezählt werden könne.¹⁴⁸ Nach dieser Auffassung verkörpert Bismarck eine Kultur von Realpolitik nach Machiavellis Vorbild in der aristokratischen Tradition des Ancien Régime. Abgesehen von ihrer Zu-

¹⁴⁶ Vgl. Enric Prat de la Riba, *La Nacionalitat Catalana*, Barcelona 1910.

¹⁴⁷ Zit. nach: *Die Welt* vom 27.3.1965.

¹⁴⁸ Vgl. *Le Monde* vom 31.7.2002.

gehörigkeit zur gleichen politischen Tradition vertreten diese Staatsmänner eine Art aristokratische europäische Kultur. In Sachen Aristokratie betrachtete Churchill Bismarck als ebenbürtig, während Letzterer oft behauptete, er wäre gern in den Kleidern eines englischen Adligen geboren. Diese Landadelidentität teilte er wiederum mit Cavour, wie er selbst begeisterter Agronom. Bismarck gehörte zu dieser aristokratischen europäischen Kultur, kannte ihre Sitten, sprach fließend Französisch, schmückte seine Reden im Parlament mit fremdsprachigen Ausdrücken und Bezügen zur politischen Lage Englands, Frankreichs und Russlands – alles Länder, die er aufgrund längerer Aufenthalte gut kannte. Obgleich Bismarck als Persönlichkeit des europäischen Konservatismus gilt, hat er seinen Namen doch auch mit einem Sozialversicherungsmodell verknüpft, das die europäischen Linken lange für sich in Anspruch nahmen.

Schluss

Bismarck, der erste deutsche Kanzler, ist in vielerlei Hinsicht eine interessante historische Persönlichkeit, mit einer multiplen und zersplitterten politischen Identität, die in der Kontinuität zum Ancien Régime steht und zugleich mit ihm bricht, die sich aus Krieg und nationalen Rivalitäten ergibt, aber auch aus der Bekräftigung von Geselligkeit und gemeinsamen politischen und kulturellen Werten. Eine Beschäftigung mit der Wahrnehmung Bismarcks in Europa regt dazu an, dem methodologischen Nationalismus zu misstrauen, der allzu oft eine sehr enge nationale Interpretation der Europa spaltenden Konflikte liefert. Die Rezeption Bismarcks stellt die Existenz sub- und supranationaler politischer Solidaritäten und Gegensätzlichkeiten heraus und hinterfragt die Entstehung eines gemeinsamen europäischen politischen (Gedenk-)Erbes, das sich nicht gegen oder oberhalb nationaler Gesellschaften, sondern nur mit ihnen und durch sie bilden kann.¹⁹

¹⁹ Vgl. Etienne François, *L'historien et les hauts lieux de mémoire pour l'Europe*, in: Violette Rey/Thérèse Saint-Julien (Hrsg.), *Territoires d'Europe. La différence en partage*, Lyon 2005, S. 47–60.

Tilman Mayer

Was bleibt von Bismarck?

„Man kann Geschichte überhaupt nicht machen. Aber man kann immer aus ihr lernen, wie man das politische Leben eines großen Volkes seiner Entwicklung und historischen Bestimmung entsprechend zu leiten hat.“¹

Vor fünfzig Jahren stellte der Historiker Theodor Schieder anlässlich des 150. Geburtstages Otto von Bismarcks die immer wieder kontrovers diskutierte Frage,

„was von diesem Tage und von einem Manne als erinnerungswürdig gelten kann, dessen Werk – die nationalstaatliche Einheit Deutschlands – im Jahre 1918/19 schwer angeschlagen worden und 1945 zerbrochen ist“.² Seine Antwort war eindeutig: Bismarck habe geschichtliche Fundamente hinterlassen, die nach wie vor sichtbar seien; Bismarck bilde eine geschichtliche Macht, der man sich nicht entziehen könne, selbst wenn man ihm feindlich begegne. „Das Thema ist ein historisches und ein aktuelles in dem Sinn, in dem alle Geschichte aktuell ist. Wir fragen sie nach dem, was uns angeht“,³ so auch der Historiker Golo Mann.

Tilman Mayer

Dr. phil., geb. 1953; Professor für politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Lennéstraße 25, 53113 Bonn. tilman.mayer@uni-bonn.de

Es ist nicht einfach, Bismarck im 21. Jahrhundert zu vergegenwärtigen. Wir müssen heute eigene, anders legitimierte politische Wege gehen, als sie im 19. Jahrhundert beschritten wurden. Wir können jedoch – wie im Folgenden geschehen soll – Aspekte betrachten und Grundfragen aufwerfen, die auf uns übertragen wurden oder die wir übernommen haben, und dabei einen Rückbezug auf Bismarck zulassen. Seit Jahrzehnten wird die bereits oben angedeutete Frage bemüht, ob Bismarck am Untergang seines eigenen Reiches in den Katastrophen des 20. Jahrhunderts Anteil hatte.⁴ *Respicere finem* – „bedenke das Ende“ – taucht also stets als Imperativ auf, wenn wir das Erbe Bismarcks bedenken

wollen, um daraus Inspirationen für die Gegenwart zu ziehen. Leitende Idee ist uns dabei das bekannte Wort des Soziologen John R. Seeley von 1896: „Political science without History has no root. History without Political Science bears no fruit.“^f

Parteien

Aufgrund eines latenten Antiparteienaffektes wurden Parteien in der Bismarck-Ära weder in der Verfassung, noch in der Verfassungswirklichkeit als tragende Institutionen der Demokratie angesehen. Bismarck respektierte zwar den Frühparlamentarismus, verschaffte dem Parlament Geltung und arrangierte Bündnisse mit nationalliberalen und konservativen Parteien. Zugleich ließ er aber keinen Zweifel daran, dass ein wirkliches Mitregieren von Parteien außerhalb des Möglichen lag beziehungsweise eine parlamentarische Regierung seinem monarchischen Grundsatz diametral entgegenstand. Das deutsche Parteiwesen konnte sich entsprechend nur verquast entwickeln: eine prekäre Nachwirkung.

Mit Otto von Bismarck ist keine Partei oder auch nur eine Tradition verbunden, an die ohne Weiteres im 21. Jahrhundert angeknüpft werden kann. Ein parteipolitisches Erbe Bismarcks gibt es nicht. Weder die Konservativen noch die Nationalliberalen sind als Formation heute noch existent. Stattdessen finden sich Anhängerinnen und Anhänger der politischen Grundsätze Bismarcks, die im politischen Spektrum wohl eher etwas rechts der Mitte zu verorten sind als links. Konservative gibt es vor allem in den Unionsparteien, soweit sie mittlerweile nicht zur AfD abgedriftet sind, wobei der konservative Gedanke im Kaiserreich und in der heutigen Bundesrepublik kaum mehr zu vergleichen sind. Insofern die CDU als Partei der deutschen Wiedervereinigung gelten kann, da

die SPD zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung unter dem Einfluss des damaligen Vorstandsmitglieds Oskar Lafontaine der Deutschen Einheit distanziert gegenüberstand,^{f6} hat sie natürlich auch eine Schwäche für Bismarck. Zwischen Helmut Kohl und Otto von Bismarck als „Kanzler der Einheit“ gibt es durchaus Parallelen, wie der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz eindrucksvoll aufzeigt.^{f7} Und die bayerische CSU sah sich in ihrer Geschichte schon öfter als Erbin preußischer Traditionen, etwa als sie als Kritikerin der Entspannungspolitik 1973 das Bundesverfassungsgericht anrief, um eine Wiedervereinigungsperspektive aufrechtzuerhalten.

Um jedoch behaupten zu können, die Unionsparteien hätten das Erbe Bismarcks angetreten – und vor allem welches, abgesehen von der Wiedervereinigungspolitik? –, müsste noch viel Bismarck-Traditionsbildung organisiert werden, was bisher nicht zu erkennen ist. Hinzu kommt für die Mitte-rechts-Parteien, dass es über Jahrzehnte inopportun war, sich zu Bismarck zu bekennen. Auch heute bestehen große Reserven insbesondere angesichts einer in der deutschen Bevölkerung verbreiteten pazifistischen Grundhaltung, aufgrund derer der Uniformträger Bismarck und seine kriegerische Reichseinkreisungspolitik von 1864 bis 1871 weitab vom gegenwärtigen politischen Spielfeld angesiedelt werden, obgleich diese Haltung unfair, vielleicht geschichtsvergessen ist: „Das Wort von ‚Blut und Eisen‘, die drei Kriege der Reichsgründungszeit haben allzu oft vergessen lassen, dass Bismarck nach 1871 eine ausgesprochene Friedenspolitik trieb“, so der Historiker Wilhelm Mommsen.^{f8} Dementsprechend werden auch Versuche außerhalb des Parlaments, Bismarck zu vereinnahmen, ihm schon im Ansatz nicht gerecht.

Die SPD hat es da heute viel leichter, steht sie doch in der Tradition der Partei August Be-

^f Otto von Bismarck, zit. nach: Otto Pflanze, Bismarcks Realpolitik (1958), in: Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln–Berlin 1971, S. 222.

^{f2} Theodor Schieder, Bismarck – gestern und heute, in: APuZ, (1965) 13, S. 1–24.

^{f3} Golo Mann, Bismarck, in: L. Gall (Anm. 1), S. 328.

^{f4} Siehe auch Andreas Wirsching's Beitrag in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

^{f5} John R. Seeley, Introduction to Political Science, London–New York 1896, S. 4.

^{f6} Vgl. Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit: die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

^{f7} Vgl. Hans-Peter Schwarz, Reichsgründung und Wiedervereinigung. Variationen zum Thema Vergleichbarkeit und Unvergleichbarkeit von Otto von Bismarck und Helmut Kohl (2010), in: Tilman Mayer (Hrsg.), Bismarck: Der Monolith, Hamburg 2015, S. 328ff.

^{f8} Wilhelm Mommsen, Der Kampf um das Bismarck-Bild (1950), in: L. Gall (Anm. 1), S. 168.

bels⁹ – vielleicht noch immer in Opposition zu Bismarck, auch wenn sie dessen diplomatische und einigungspolitische Leistung sicher längst nicht mehr infrage stellt. Die Verfolgung der Sozialdemokratie sowie der sogenannten ultramontanen Katholiken hat natürlich zur innergesellschaftlichen Feindbildung beigetragen.

Kanzlerfrage

Auf den ersten Blick hat das bundesrepublikanische Format der Kanzlerdemokratie nichts mit der Stellung des Kanzlers im Bismarck-Reich gemein. Hinzu kommt, dass zwischen Bismarck und den Bundeskanzlern beziehungsweise der Bundeskanzlerin von heute noch ein österreichisch gebürtiger Kanzler kam, was zu einer überbetonten Distanz zu Bismarcks Amtszeit geführt hat.

Die Kuriosität der Stellung Bismarcks als Kanzler liegt darin, dass er gerade nicht dem Reichstag gegenüber verantwortlich war, sondern einzig und allein seinem König beziehungsweise Kaiser, als dessen Diener er sich gerierte. Der große Staatsmann Bismarck war in ein enges Verantwortungskorsett gezwängt, aus dem er sich 1890 nicht mehr befreien konnte, sodass er seinem um Jahrzehnte jüngeren Kaiser im *powerplay* unterlag.¹⁰ Versuchsweise könnte man die Stellung Bismarcks im Kaiserreich durch das Konstrukt der *Kanzlermonarchie* charakterisieren. Auch bei dieser Struktur wird der Unterschied zur *Kanzlerdemokratie* deutlich, weil bei Letzterer der Kanzler unter Führungsgesichtspunkten eine mächtigere Position innehat. Dennoch war es zweifelsfrei so, dass der *Kanzlermonarch* Bismarck zwar formal unter seinem Kaiser die Regierungsgeschäfte erledigte, aber im Deutschen Reich nicht nur innenpolitisch die beherrschende Figur schlechthin darstellte, sondern eben auch außenpolitisch, wo „das Europa zwischen 1870 und 1890 nach Berlin gravitierte“.¹¹ Einmal mehr zeigt sich, dass die institutionelle Einordnung für sich genommen noch nicht die eigentlichen Machtverhältnisse offenbart. Die herausgehobene Stellung Bismarcks als Kanzler hatte im Deutschen Reich im Sinne des West-

minster-Systems Potenzial. Es fehlte jedoch die entscheidende Parlamentarisierung, die damals allerdings außer der Sozialdemokratie kaum jemand forderte. Auch der Soziologe Max Weber kam erst spät zu dieser Einsicht.

Die monumentale Entwicklung von Bismarcks Kanzlerschaft führte dazu, dass kleinformatigere Nachfolger angesichts eines kontrollbedürftigen Hohenzollerns mit dieser Herausforderung nicht zurechtkamen. Das Deutsche Reich nach 1890 scheiterte schließlich aber an der Machtanmaßung des Throninhabers, der in neoabsolutistischer Manier selbst Politik betreiben wollte – und dies auf die verhängnisvollste Weise, die mit dem Stichwort „Wilhelminismus“ umschrieben werden kann. Bismarck brachte dies in seinen Memoiren so auf den Punkt: „Die heutige Politik eines Deutschen Reiches, mit freier Presse, parlamentarischer Verfassung, im Drange der europäischen Schwierigkeiten, läßt sich nicht im Stile einer durch Generäle ausgeführten Königlichen Ordre betreiben.“¹² Bismarcks Kanzlerschaft bedeutete schließlich stets auch die Kontrolle eines Monarchen, dessen Meinungen durch die Urteilskraft Bismarcks zum Vorteil des Reiches ausgeglichen werden konnten. Die Bundesrepublik Deutschland kann heute auch mit „schwachen“ Kanzlern regierungsfähig bleiben. Aber aus der geopolitischen Konstellation heraus richtet sich eine Erwartung an die Bundeskanzler, der sie sich hoffentlich gewachsen zeigen: Europa nicht hegemonial bestimmen zu wollen, aber der objektiven Dominanz Deutschlands in Europa verantwortungsvoll gerecht zu werden. Diesem gesamteuropäischen Erbe zu entsprechen, bleibt eine Herausforderung.

Gesellschaft

In der Bismarck-Zeit prägten militärische Wertvorstellungen weite Teile der deutschen Gesellschaft, der Einfluss der sogenannten Junker war groß.¹³ Einen Einfluss des Militärs auf die Politik hat Bismarck bekanntlich

⁹ Vgl. Brigitte Seebacher, Bismarck und Bebel. Ein Spiegelbild, in: T. Mayer (Anm. 7), S. 220ff.

¹⁰ Vgl. Hajo Holborn, Bismarcks Realpolitik (1960), in: L. Gall (Anm. 1), S. 248.

¹¹ T. Schieder (Anm. 2), S. 15.

¹² Otto von Bismarck, Gesammelte Werke, Neue Friedrichsruher Ausgabe, Abteilung IV: Gedanken und Erinnerungen, Paderborn u. a. 2012, S. 469.

¹³ Vgl. Heinz Reif, Arbeit am Feindbild. Bismarck und der altpreußische Adel in der linksliberalen und sozialdemokratischen Polemik, in: T. Mayer (Anm. 7), S. 202ff.

öfter klar und eindrucksvoll zurückgewiesen. Ein serviler Geist, geprägt von Befehl und Gehorsam, war jedoch eine eingeübte Tradition – ganz im Gegensatz zur Akzeptanz von Opposition und Widerspruch. Obrigkeitliches Denken und Attitüden einer standesorientierten, agrarisch bestimmten Gesellschaft prägten eine politische Kultur, die uns heute absolut fremd ist. Dieser Befund ist insbesondere deshalb wichtig, weil sich damit Unterschiede in der Legitimation von Herrschaft damals und heute herauskristallisieren, die die heutige Entfernung zum Bismarck-Reich markieren. Max Webers 1918 allzu spät erfolgte Kritik am Zustand der Nation, dass sie ohne jede politische Erziehung sei, ohne politischen Willen und gewohnt, dem großen Staatsmann an der Spitze zu folgen, bleibt richtig und in heutiger Terminologie eine Kritik der politischen Kultur des Bismarck-Reiches.

Zugleich steht der Name Bismarcks bis heute unstrittig für seine europaweit beispielhafte sozialgesetzgeberische Reformpolitik. Zwar kam es dazu nicht ohne Friktionen und ließen sich manche Vorstellungen Bismarcks nicht realisieren, aber diese tief greifenden sozialen Reformen gehören zweifelsfrei zu dem, was bis heute von Bismarck geblieben ist. Wie neuere, bestehende Urteile hinterfragende Forschungen zeigen,¹⁴ war das soziale Reformwerk Bismarcks ihm selbst ein primäres Anliegen. Die Behauptung, dass es einzig im Zuge der Bekämpfung der Sozialdemokratie dazu gekommen sei, kann als widerlegt angesehen werden. Die sozialen Verwerfungen in den Industrieregionen der Gründerzeit hatten Missstände offen gelegt, die Bismarck Anlass zum Handeln waren. Durch diese Reformen gelang es ihm sogar, das geeinte Reich stärker zu integrieren. Allerdings wurde durch die Art der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie diese Integrationsleistung auf der politischen Ebene belastet.

Nationalstaat

Bis 1989 war der Begriff Nationalstaat in Westdeutschland verpönt. Selbst Bundeskanzler Helmut Kohl sprach vom sogenann-

¹⁴ Vgl. Werner Plumpe, Otto von Bismarck und die soziale Frage – Überlegungen zu einem alten Thema der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: ebd., S. 178 ff.

ten klassischen Nationalstaat des 19. Jahrhunderts. Damit wollte er sich von einer Souveränität abgrenzen, die Bonn nicht konnte und von der viele meinten, dass sie grundsätzlich schlecht sei. Diese Aburteilung hatte eine europaeuphorische Kehrseite. Die heutigen europäischen Nationalstaaten sind zwar eingebettet in den europäischen Integrationsprozess, zugleich aber als solche selbst dann noch identifizierbar, wenn ihre Währung nicht mehr nationalstaatlich präfiguriert wird. Insofern haben auch wir Deutschen das Erbe Bismarcks angetreten, denn unser Nationalstaat moderner Prägung ist, intergouvernemental gesehen, noch immer Träger des europäischen Integrationsprozesses.

Der Blick auf eine Karte zeigt, dass der bestehende deutsche Nationalstaat mit jenem Bismarcks vergleichbar ist – auch, wenn sein Umfang nicht mehr derselbe ist. Bismarcks nationalstaatliches Projekt ist trotz der fundamentalen Erschütterungen Deutschlands im 20. Jahrhundert und trotz einer langen Teilung des Nationalstaates noch klar erkennbar. Ganz wie zu Zeiten Bismarcks ist Berlin eine politische Adresse, an der man in Europa nicht vorbeikommt und die auch international Geltung hat. Und der neue deutsche, europakompatible Nationalstaat hat sich anerkanntermaßen auch moralisch als Verantwortungsgemeinschaft für das Unrechtsregime des „Dritten Reiches“ und den Holocaust behauptet. Das nationalstaatliche Erbe Bismarcks anzutreten war also ab 1990 für die vor allem westdeutsche politische Führungriege ein nachzuholender Lernprozess. Inwiefern man seiner nüchternen Interessenpolitik folgen will, also nach Bismarckschen Maßstäben politikfähig ist, bleibt eine offene Frage.

Geopolitik

Die Herausforderung, die Deutschlands Lage in der Mitte Europas birgt, beschäftigt deutsche Führungseliten schon seit Jahrhunderten. Stets hieß es, Deutschland sei als Hegemonialmacht in Europa zu schwach, entfalte aber Wirkung als Mittelmacht. „Gleichgewicht oder Hegemonie“¹⁵ lautet ein Dauerthema in der Historiografie und der Poli-

¹⁵ Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Darmstadt 1996.

nehmend isoliert wurde, ist von großer Bedeutung für Staaten in einer vergleichbaren Ausgangssituation. Nach wie vor spielt das Gleichgewicht der Kräfte eine wichtige Rolle.²⁰

Nach der Wiedervereinigung wurde spekuliert, ob diesem demokratischen, „von Freunden umgebenen“ Deutschland geopolitisch überhaupt noch Gefahren drohen können. Die Entwicklung des Euro und die Feindseligkeiten, mit denen im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise eine deutsche Regierung im weiteren europäischen Umfeld bedacht wird, zeigen jedoch etwas auf, das mit der ökonomischen Größe selbst dieses im Vergleich zum Kaiserreich geschrumpften Deutschlands zu tun hat: Die wirtschaftlich stark gebliebene Stellung Deutschlands in Europa, die sich nach französischer Vorstellung durch die Einführung des Euro hätte ändern sollen, hat sich sogar verfestigt.²¹ Deutschland dominiere schon wieder, stellte kürzlich der Bankenexperte David Marsh fest.²² Im Unterschied zur Bismarck-Zeit wird Deutschland – das Werk Bismarcks – zwar nicht mehr infrage gestellt. Angesichts gewaltiger Finanzierungserwartungen und transeuropäischer Umverteilungsfantasien wäre es aber eine Illusion anzunehmen, dass die gegenwärtige Krise für Deutschland keine Gefahren berge. Deutschland steht heute in gesamteuropäischer Verantwortung.

Die Frage, warum das zweite deutsche Reich gescheitert ist und ob es nicht durch die diplomatische Kunst Bismarcks hätte erhalten werden können, ist im Rückblick auf die Katastrophen des 20. Jahrhunderts keine nebensächliche Angelegenheit und keinesfalls eine Frage, die nur Historikerinnen und Historiker interessieren sollte. Wir müssen die alte Frage immer wieder neu aufwerfen. Nur weil die öffentliche Meinung in Deutschland stark friedensorientiert ist, ist damit der Frieden keinesfalls gesichert.

²⁰ Vgl. H. Kissinger (Anm. 17).

²¹ Arnulf Baring, *Scheitert Deutschland?*, Stuttgart 1997, S. 240.

²² Vgl. David Marsh, *Auf der Suche nach der wahren Größe*, in: *Die Welt* vom 31. 1. 2015, S. 1.

Jürgen Zimmerer

Bismarck und der Kolonialismus

„Ich will auch gar keine Kolonien. Die sind bloß für Versorgungsposten gut. (...) Diese Kolonialgeschichte wäre für uns genauso wie der seid(e)ne Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben.“¹

Während Bismarck als europäischer Machtpolitiker und Architekt der deutschen Reichseinigung im kollektiven Gedächtnis immer noch präsent ist, wird seine Bedeutung für die Geschichte des deutschen und europäischen Kolonialismus und damit für die Globalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts kaum erinnert. Dabei sind gerade auf diesem Gebiet Spuren seines Handelns bis heute zu finden, ist er doch Geburtshelfer des modernen, nationalstaatlich organisierten Afrika und der Begründer des deutschen Kolonialreiches. Bismarck selbst war kein Kolonialenthusiast. Er wollte keine Kolonien, dafür war er viel zu sehr Realist. Schon am Vorabend der Reichsgründung versuchte er sich gegen die immer stärker werdende koloniale Begeisterung in deutschen Landen zu stemmen:

„Einerseits beruhen die Vortheile, welche man sich von Colonien für den Handel und die Industrie des Mutterlandes verspricht, zum größten Theil auf Illusionen. Denn die Kosten, welche die Gründung, Unterstützung und namentlich die Behauptung der Colonien veranlaßt, übersteigen (...) sehr oft den Nutzen, den das Mutterland daraus zieht, ganz abgesehen davon, daß es schwer zu rechtfertigen ist, die ganze Nation zum Vortheile einzelner Handels- und Gewerbszweige, zu erheblichen Steuerlasten heranzuziehen. (...) Endlich würde der Versuch, Colonien auf Ge-

Jürgen Zimmerer

Dr. phil., geb. 1965; Professor für Neuere Geschichte (Schwerpunkt Afrika) an der Universität Hamburg, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg. juergen.zimmerer@uni-hamburg.de

¹ Otto von Bismarck 1871, zit. nach: Axel Riehl, *Der „Tanz um den Äquator“*. Bismarcks antienglische Bündnispolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883 bis 1885, Berlin 1993, S. 22.

bieten zu gründen, deren Oberhoheit andere Staaten, gleich ob mit Recht oder mit Unrecht, in Anspruch nehmen, zu mannigfachen und unerwünschten Konflikten führen können.“[¶]

Auch nach der Reichseinigung 1871, als der politische Rahmen für eine aktivere Kolonialpolitik zu bestehen schien und Stimmen nach einer Teilhabe Deutschlands an der kolonialen Aufteilung der Welt immer lauter wurden, wiederholte er seine Ablehnung apodiktisch:

„So lange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik. Wir haben eine Flotte, die nicht fahren kann und wir dürfen keine verwundbaren Punkte in fernen Erdteilen haben, die den Franzosen als Beute zufallen, sobald es losgeht.“[¶]

Nach dem deutsch-französischen Krieg, der die Kräfteverhältnisse in Europa insbesondere durch die Annexion Elsass-Lothringens auf den Kopf gestellt hatte, erklärte Bismarck das Deutsche Reich als „saturiert“, um die anderen Mächte zu beschwichtigen. Er hatte kein Interesse, diese Strategie für ein koloniales Abenteuer zu gefährden, von dessen Nutzen und Machbarkeit er nicht überzeugt war. Dies war auch knapp zwanzig Jahre später noch zu spüren, als Bismarck seine geopolitische Maxime gegenüber dem bekannten Afrikareisenden Eugen Wolf folgendermaßen zusammenfasste:

„Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland und hier (...) liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika.“[¶]

Deutlicher kann man jegliche Art kolonialer Weltmachträume nicht zurückweisen. Dennoch war inzwischen ein deutsches Kolonialreich entstanden, hatte Bismarck selbst die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Mächten befeuert und mit der Berliner Afrika-Konferenz deren völkerrechtliche Absicherung in die Wege geleitet. Über die Gründe sind sich Historikerinnen und Historiker nach wie vor nicht einig.

[¶] Otto von Bismarck 1868, zit. nach: ebd., S. 22.

[¶] Otto von Bismarck 1881, zit. nach: Winfried Baumgart, Bismarcks Kolonialpolitik, in: Johannes Kunisch (Hrsg.), Bismarck und seine Zeit, Berlin 1992 S. 141–153.

[¶] Otto von Bismarck 1888, zit. nach: A. Riehl (Anm. 1), S. 751, Hervorhebung im Original.

Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts war geprägt durch eine imperiale Rivalität europäischer Kolonialmächte. Eine multipolare Mächtekonstellation trat an die Stelle eines britisch dominierten Systems mit dem Vereinigten Königreich als einziger Weltmacht, wie es sich nach Napoleons endgültiger Niederlage bei Waterloo 1815 herauskristallisiert hatte. Vordergründig war dies eine Zeit imperialer Ruhe gewesen, wenn auch nicht wirklich imperialer Abstinenz. Vielmehr hatte das Vereinigte Königreich auf einen Imperialismus des Freihandels gesetzt, denn solange es selbst die bei Weitem mächtigste Wirtschaftsnation war, bedeutete das Erzwingen freien Handels auf allen Kontinenten im Grunde eine Marktöffnung zugunsten der britischen Wirtschaft und de facto eine Durchsetzung der ökonomisch-politischen Weltmachtstellung Großbritanniens.[¶] Formaler Kolonialbesitz lag aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht im britischen Interesse, da es niemanden gab, der Großbritannien hätte Konkurrenz machen können. Dies änderte sich mit der Erstarkung europäischer (und amerikanischer) Rivalen. Die Sicherung von ökonomischen und politisch-strategischen Einflusszonen wurde nun zum Ziel. Vor diesem Hintergrund kam es binnen weniger Jahre zu einer Aufteilung der Welt in Interessensphären und Kolonien.

Außer im indisch-afghanischen Grenzgebiet und in China war dies am deutlichsten in Afrika zu beobachten. Beschränkte sich der europäische Einfluss Mitte des 19. Jahrhunderts im Grunde auf einige Küstenregionen und das südliche Afrika, konnten bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges nur Äthiopien und Liberia ihre Unabhängigkeit bewahren. Freihandel als globale Doktrin funktionierte eben nur so lange, wie sich alle europäischen Mächte daran hielten. Beanspruchte eine Seite eine bestimmte Region als Kolonie oder Protektorat exklusiv, folgten andere diesem Beispiel, teilweise aus keinem anderen Grund, als präventiv eine Inbesitznahme durch Konkurrenten zu verhindern. Wie Dominosteine fielen die „freien“ Gebiete und wurden an ihrer Stelle formale Kolonien errichtet.

[¶] Vgl. Ronald Robinson/John Gallagher, Africa and the Victorians: The Official Mind of Imperialism, London 1961.

Die Bestätigung des Anspruchs Frankreichs auf Tunesien im Jahre 1878 war dabei ein wichtiger Schritt, wenn nicht gar der Startschuss dieser Entwicklungen. Der Berliner Kongress von 1878, die wohl bedeutendste diplomatische Zusammenkunft zwischen Wiener Kongress (1815) und den Friedensverhandlungen von Versailles (1918/19), sollte eigentlich die „Orientalische Frage“ lösen. Gemeint war damit der Niedergang des Osmanischen Reiches und das daraus resultierende Machtvakuum vor allem auf dem Balkan, wo sowohl Russland als auch Österreich-Ungarn Einflussphären geltend machten und worüber es zu einem allgemeinen Krieg zu kommen drohte. Bismarck sah keine territorialen Interessen des Deutschen Reiches bedroht, erkannte aber das Potenzial, das darin lag, sich als Vermittler zu präsentieren. So erklärte er im Reichstag:

„Die Vermittlung des Friedens denke ich mir nicht so, dass wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen (...) sondern (...) mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will.“^f

Vordergründig schien dieses Kalkül aufzugehen, mit dem Bismarck auch innenpolitischen Prestigegehalt anstrebte, indem er sich ebenfalls als „ehrllicher Makler“ über den Parteiinteressen zu stilisieren suchte. Der Kongress tagte in Berlin, und ein weiterer Krieg wurde zumindest aufgeschoben.^f Die „Orientalische Frage“ verband aber auch die Interessenpolitik der großen Mächte in Afrika mit jener in Europa, da auch dort die Erbmasse des Osmanischen Reiches Begehrlichkeiten weckte.

Der vielleicht wichtigste Gewinner des Berliner Kongresses war Großbritannien, das nicht nur die für die Kontrolle des Mittelmeeres zentrale Sperrung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe im Kriegsfall durchsetzte, sondern sich auch die Herrschaft über Zypern sicherte. Um den alten Rivalen Frankreich zufriedenzustellen, bot London Paris die Herrschaft über Tunesien an, die auch Italien beanspruchte. Bismarck, der Frankreich von der „Wunde“ Elsass-Loth-

^f Otto von Bismarck 1878, zit. nach: Deutscher Reichstag, Stenographischer Bericht vom 19.2.1878, S. 98ff.

^f Vgl. Konrad Canis, Bismarcks Außenpolitik 1870 bis 1890, Paderborn 2004, S. 109–140.

ringen ablenken wollte, machte den Handel perfekt und sicherte so den Erfolg des Kongresses. Die französischen Ansprüche auf Nordafrika waren damit abgesichert, auch wenn es noch ein paar Jahre dauern sollte, bis Paris diesen auch Taten folgen lassen und sein Gebiet militärisch besetzen sollte. Der Berliner Kongress wurde damit zum Startschuss für die Aufteilung Afrikas.^f

Gründung des deutschen Kolonialreiches

War auf Seiten Bismarcks bisher lediglich Machtpolitik im Spiel gewesen, die das Schicksal von nicht-europäischen Völkern und Nationen ignorierte und sie als Schachfiguren in einem europäischen Spiel missbrauchte, so trat er nur sechs Jahre nach dem Berliner Kongress selbst als Interessent kolonialer Erwerbungen auf. Entgegen seiner bereits zitierten Abneigung gegen jede Form kolonialer Abenteuer erklärte das Deutsche Reich in den Jahren 1884/85 Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Neuguinea zu eigenen Schutzgebieten. Mit Ausnahme kleinerer Besitzungen in der Südsee sowie Kiautschou (1897) und Deutsch-Samoa (1899) war damit das deutsche Kolonialreich in nur wenigen Monaten komplettiert und Bismarck sein Geburtshelfer.^f

Über die Motive Bismarcks für diesen abrupten Kurswechsel ist viel gerätselt worden. Die Erfüllung des Wunsches konservativer Wirtschaftskreise, vor allem aus Ostelbien, der politischen Basis Bismarcks, wurden dabei ebenso genannt wie „Sozialimperialismus“ (Hans-Ulrich Wehler), also die Entschärfung sozialer Konflikte durch die Erschließung fremder Märkte sowie die Ableitung innenpolitischer sozialer Spannungen nach außen durch prestigeträchtige Abenteuer, die ein Gemeinschaftsgefühl nach innen erzeugen sollten. Auch das Ziel, einen Keil zwischen Deutschland und Großbritannien zu treiben, um so eine Liberalisierung des Deutschen Reiches durch den Thronfol-

^f Vgl. Hendrik L. Wesseling, Teile und Herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880–1914, Stuttgart 1999.

^f Vgl. Sebastian Conrad, Deutsche Kolonialgeschichte, München 2008; Winfried Speitkamp, Deutsche Kolonialgeschichte, Stuttgart 2005; Dirk van Laak, Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.

ger Friedrich zu vermeiden, der bekanntermaßen ein Anhänger des politischen Systems des Vereinigten Königreiches und mit einer Tochter Queen Victorias verheiratet war, wurde als Grund genannt.¹⁰ Der Ablauf der Ereignisse lässt einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsinteressen und außenpolitischen Erwägungen vermuten. Es waren schließlich nicht nur koloniale Träumer, humanitäre und missionarische Weltverbesserer und sozialdarwinistische Untergangspropheten, deren Motive sich nicht immer eindeutig trennen ließen, welche eine aktive deutsche Kolonialpolitik forderten, sondern auch Wirtschaftskreise.

Die Speerspitze stellten hier die Überseehandelshäuser und Reedereien dar. Hamburger Kaufleute hatten schon unmittelbar nach der Reichsgründung einen militärischen Schutz ihrer Handelsniederlassungen und Geschäftsaktivitäten gefordert.¹¹ 1882 zeitigten die zahlreichen Hamburger „Flottenpetitionen“ Erfolg, und die Kaiserliche Admiralität ordnete „das häufige Zeigen der deutschen Flagge“ durch Kriegsschiffe an und bat die Hamburger Handelskammer um die Übersendung einer Liste mit schützenswerten Stützpunkten. Nur ein Jahr später erarbeitete der Hamburger Reeder und Politiker Adolph Woermann im Auftrag der Hamburger Handelskammer eine 25-seitige Denkschrift, in der er die Vorstellungen der am Westafrikahandel beteiligten Kaufleute skizzierte. Darin plädierte er unter anderem für die „Erwerbung eines Küstenstriches in West-Afrika zur Gründung einer Handelskolonie“. Noch im Dezember 1883 wurde die „SMS Sophie“ an die westafrikanische Küste in Marsch gesetzt, um deutsche Interessen zu schützen, und am 12. Juli 1884 kauften die Firmen C. Woermann und Jantzen & Thormälen von den Duala (Kamerun) einen Küstenstreifen. Am 14. Juli bestätigte der neu ernannte Reichskommissar Gustav Nachtigal diese Erwerbungen und hisste die deutsche Flagge, ehe er nach Südwestafrika weiterfuhr, wo Bismarck mittlerweile die Besitzungen des Bremer Kaufmannes Adolf Lüderitz unter deutschen Schutz gestellt hatte.

¹⁰ Für einen Überblick zu den Forschungspositionen vgl. A. Riehl (Anm. 1).

¹¹ Zu Hamburg und dem Kolonialismus vgl. Heiko Möhle (Hrsg.), *Bibel, Brantwein und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika. Eine Spurensuche*, Hamburg 2011³, insbesondere S. 25–30.

Die Kommunikation wurde sicherlich dadurch vereinfacht, dass Bismarck selbst in unmittelbarer Nachbarschaft Hamburgs in Friedrichsruh residierte. Dass Adolph Woermann ihn dort mehrfach aufsuchte und so zu einem Umdenken in der Kolonialfrage bewegen konnte, mag ebenso ins Reich der Anekdoten gehören wie ein Zusammenhang mit dem Umstand, dass Bismarck selbst Schnapsproduzent war und die Reederei Woermann vor allem Schnaps nach Westafrika exportierte. Es ist aber bezeichnend für die Wahrnehmung der Zeitgenossen, die in Bismarcks kolonialer Kursänderung auch Lobbyisteneinfluss und Klientelpolitik am Werk sahen. All das spielte sich ab vor dem Hintergrund eines generellen Übergangs in der deutschen Politik vom Freihandel zum Protektionismus, als Reaktion auf die sogenannte Gründerkrise, der ersten Wirtschaftskrise seit der Reichseinigung; ein Kurswechsel, der – wie gesehen – eine Entsprechung auch in der globalen Politik fand.¹²

Klientelinteressen und ökonomische Belange allein reichten jedoch nicht aus. Dazu gesellte sich auf internationaler Bühne eine kurzzeitige Schwächung Großbritanniens, das durch verschiedene Probleme in seinen Kolonien in die Defensive geriet. Bismarck sah darin die Gelegenheit, einem generellen Vormachtanspruch Londons in kolonialen Fragen eine Abfuhr zu erteilen und zugleich innenpolitisch bei bestimmten Kreisen zu punkten. Dies lässt sich am Beispiel Südwestafrikas gut zeigen, eines öden, sandigen Landstrichs nördlich der Kapkolonie, an dem keine der traditionellen Kolonialmächte zuvor Interesse gezeigt hatte. Schließlich beschloss der Bremer Tabakhändler Adolf Lüderitz, dort Land als Grundlage für eine spätere Kolonie zu erwerben. Um diese abzusichern, suchte er bereits Ende 1882 um Reichsschutz nach. Bismarck lehnte noch ab, ließ aber in London vermelden, dass er es begrüßen würde, wenn Großbritannien den an der Küste Handel treibenden Deutschen Schutz ge-

¹² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914*, München 1995; Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1914*, 2 Bde., München 1990/92; Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000.

währen würde.¹³ Als Großbritannien nur zögerlich reagierte und zum einen erklärte, dass lediglich das weiter nördlich gelegene Walvis Bay britisch sei, es sich zum anderen aber jegliche Einmischung einer anderen europäischen Macht verbat, reagierte der Reichskanzler und stellte das Gebiet nun unter den Schutz des Deutschen Reiches. Einen Pauschalanspruch Großbritanniens auf alle unbeanspruchten Gebiete Afrikas wollte er auf keinen Fall gelten lassen.

Dass er glaubte, einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden zu haben, keine Finanzen und kein Personal für koloniale Abenteuer aufbieten zu wollen, gleichzeitig aber dem immer stärker werdenden kolonialen Drängen nachzugeben, erleichterte ihm die Kehrtwende wahrscheinlich ebenso wie der Umstand, dass außen- und innenpolitische Interessen sich zu treffen schienen. Verwaltet werden sollten die neuen Schutzgebiete nämlich nicht durch das Deutsche Reich, sondern durch private Wirtschaftsgesellschaften, die sogenannten *Chartered Companies*, die mit Hoheitsrechten ausgestattet ohne Kosten für den Staat tätig werden sollten. Binnen weniger Jahre stellte sich dies allerorten als Fehlschlag heraus. Allerdings war es da für einen Rückzug aus den Kolonien bereits zu spät, der innen- wie außenpolitische Prestigeverlust schien zu hoch. Und so musste der Staat die Lücke ausfüllen und die Kosten tragen.

Berliner Afrika-Konferenz

Ob zur Befriedigung innenpolitischer Forderungen, bei der Zurückweisung außenpolitischer Zumutungen oder als Verfügungsmasse im berühmten „Spiel mit den fünf Kugeln“ – auch Bismarck bewegte sich trotz seiner Geringschätzung für Kolonialbesitz zunehmend in einer kolonialen Welt. Die „Balgerei um Afrika“¹⁴ nahm Fahrt auf, und wie von ihm vorhergesagt wuchsen damit auch die politischen Spannungen zwischen den um Einfluss konkurrierenden europäischen Mächten. Insbesondere das Zentrum Afrikas, das Gebiet des Kongobeckens, wurde zum Zank-

apfel. Es war ökonomisch und strategisch zu bedeutsam, als dass eine europäische Macht es einer anderen überlassen wollte, gleichzeitig war aber keine stark genug, es sich gegen den Willen aller anderen einzuverleiben. Ohne eine von allen Seiten akzeptierte Lösung bot es beständiges Konfliktpotenzial. In dieser Situation berief Bismarck nun erneut eine internationale Konferenz nach Berlin ein.¹⁵ Diskussionsthemen der sich vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 in der deutschen Hauptstadt versammelnden Diplomaten Europas, der USA und des Osmanischen Reiches – eine afrikanische Beteiligung gab es nicht – waren die Handelsfreiheit im Kongobecken, freie Schifffahrt auf Niger und Kongo sowie Regelungen darüber, wie die europäischen Kolonialmächte neue Gebietsansprüche in einem geordneten Verfahren anmelden konnten.

Bismarcks Erklärung bei der Konferenzöffnung, Ziel sei es, „den Eingeborenen Afrikas den Anschluß an die Zivilisation zu ermöglichen, indem das Innere dieses Kontinents für den Handel erschlossen“ werde, kann als Paradebeispiel kolonialistischer Weltsicht gelten.¹⁶ Der Nutzen der Kolonisierer wurde gleichgesetzt mit den Interessen und Wünschen der Kolonisierten, die selbst keine Stimme hatten. Dagegen tummelten sich in Berlin „Experten“ vom Schlage eines Henry Morton Stanley oder Carl Peters, welche ihren Nimbus als „Entdecker“ und „Forscher“ ausspielten, verschweigend, dass sie selbst handfeste Interessen vertraten. Stanley etwa, durch seine Suche nach David Livingstone berühmt geworden und sicherlich der bekannteste „Afrikareisende“ seiner Zeit, stand direkt im Solde Leopolds II. von Belgien.

Letzterer fand sich im Mittelpunkt des Kongresses wieder. Offenbar durch die Regierung seines Königreiches nicht ausgelastet, verfolgte er seit Jahren Pläne, ein eigenes Kolonialreich zu gründen. Dabei hatte er seine Begehrlichkeit auch auf das riesige Gebiet im Zentrum Afrikas gerichtet. Seine persön-

¹³ Vgl. Udo Kaulich, Die Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (1884–1914), Frankfurt/M. 2001, S. 48 f.

¹⁴ Wolfgang Reinhard, Kleine Geschichte des Kolonialismus, Stuttgart 2008².

¹⁵ Es finden sich zeitgenössisch auch die Begriffe „Kongo-Konferenz“ und „Westafrika-Konferenz“. Vgl. Andreas Eckert, Die Berliner Afrika-Konferenz (1884/85), in: Jürgen Zimmerer (Hrsg.), Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte, Frankfurt 2013, S. 137–149.

¹⁶ Zit. nach: Frank Thomas Gatter (Hrsg.), Protokolle und Generalakte der Berliner Afrika-Konferenz 1884–1885, Bremen o. J.

lichen Ambitionen hinter einer humanitären Fassade versteckend, bot er den großen europäischen Mächten einen Ausweg aus dem Dilemma, wie man das Herzstück Afrikas machtpolitisch neutralisieren könne: Man privatisierte es! So wurde der Kongo-Freistaat Leopolds persönlicher Besitz, der erst nach seinem Tode 1908 und den anhaltenden Skandalen um die äußerst unmenschliche Ausbeutungspolitik, die von keinem nationalen Parlament gebremst wurde und bis zu zehn Millionen Opfer forderte, vom belgischen Staat übernommen wurde.¹⁷ Auf Leopold konnten sich in Berlin alle einigen, denn machtpolitisch war er für niemanden eine Bedrohung und wirtschaftspolitisch musste er sich zum freien Zugang aller verpflichten. Die Interessen der im zukünftigen Kongo-Freistaat lebenden Menschen spielten keine Rolle.

Die historische Bedeutung der Berliner Afrika-Konferenz ist nicht leicht zu bestimmen. In das kollektive Gedächtnis hat sich das Bild von Diplomaten eingeprägt, die, vor einer riesigen Afrikakarte versammelt, ihre Grenzen mit dem Lineal zogen und Afrika aufteilten. Das ist nur zum Teil richtig. Die Aufteilung Afrikas hatte bereits vorher begonnen. Die Berliner Konferenz bestätigte sie im Grunde nur, wobei zentrale Abkommen nicht in den Plenarsitzungen erörtert wurden, sondern in bilateralen Gesprächen am Rande. Bismarck hatte mit der Einberufung der Versammlung den Kommunikationsraum geschaffen, in dem diese Gespräche und Einigungen möglich wurden. Die innereuropäischen Spannungen über Afrika konnte er so erfolgreich entschärfen; über die Folgen für Millionen von Afrikanerinnen und Afrikaner machte er sich, nach allem, was wir wissen, kaum Gedanken. Dabei hatte die Berliner Zusammenkunft für Letztere auch außerhalb des Kongo-Freistaates unmittelbare Auswirkungen. Um eine pauschale Beanspruchung von Territorien durch europäische Mächte zu erschweren, hatte man sich darauf geeinigt, dass Kolonialansprüche durch den Aufbau einer Verwaltung in den jeweiligen Gebieten dokumentiert werden müssten. Eine der Folgen war, dass nun in vielen Gegenden der koloniale Staat die Küstenregionen verließ und Verwaltungsstützpunkte im Hinterland

aufbaute, was viele Afrikaner erstmals in direkten Kontakt mit dem Kolonialismus brachte, oftmals in Form von Steuern, Zwangsarbeit und anderem mehr.¹⁸

Bismarck dürfte all dies wenig gekümmert haben. Seine Interessen waren auf Europa konzentriert, auf die Vermeidung von Spannungen mit den anderen Großmächten, wobei er die Möglichkeit, über koloniale Gefälligkeiten sein Bündnissystem zu stabilisieren, gerne ergriff. Von der wachsenden Kolonialbegeisterung im Deutschen Reich ließ er sich nicht anstecken, und dass er vom Kolonialismus ökonomische Wunder erwartete, ist nicht bekannt. Dennoch nutzte er diesbezügliche Hoffnungen aus, um sich innenpolitisch Optionen zu erschließen und sich mit mächtigen Interessengruppen wie etwa den Hamburger Kaufleuten gut zu stellen. All diese Motive Bismarcks ändern jedoch nichts daran, dass er in entscheidenden Schlüsselmomenten des Hochimperialismus mit wegweisender Bedeutung eingriff. Sicherlich stieß er diese nicht alleine an, dazu war die koloniale Bewegung zu dynamisch, zu international, ja zu global. Aber die Richtung, die sie nahm, veränderte er mit – und sei es nur, dass er den Rahmen zur einvernehmlichen europäischen Einigung bereitstellte.

Für die Menschen in Afrika oder der Südsee sind seine Motive von untergeordnetem Interesse: Sie wurden zu Opfern europäischer Rivalitäten und Machtkämpfe. Die in Berlin sanktionierten Kolonialgrenzen wurden zur Grundlage der postkolonialen Staatsgründungen und haben weitgehend bis heute Gültigkeit. Die Rücksichtslosigkeit gegenüber afrikanischen Interessen und afrikanischen Herrschaftszusammenhängen – die kolonialen Grenzen durchschnitten Clan- und Gesellschaftsstrukturen, trennten Zusammengehöriges und pferchten Fremde und sogar Verfeindete in gemeinsame staatliche Strukturen –, wurden zur Hypothek auch des unabhängigen Afrika und Ursache teils virulenter Minderheitenkonflikte. Eine globalhistorische Würdigung und Erinnerung Bismarcks muss die globalen Auswirkungen seines Handelns berücksichtigen.

¹⁷ Vgl. Adam Hochschild, *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen*, Stuttgart 1999; David van Reybrouck, *Kongo: Eine Geschichte*, Berlin 2012.

¹⁸ Als Einführung in die Geschichte Afrikas vgl. Christoph Marx, *Geschichte Afrikas*, Paderborn 2004.

Föderalismus

Eine föderale Ordnung ist stets ein Balanceakt: zwischen Einheit und Vielfalt, zwischen Dezentralisierung und Verflechtung. Die APuZ-Ausgabe 28–30/2015 widmet sich dem Thema „Föderalismus“. Dafür suchen wir sowohl längere wissenschaftliche Beiträge als auch feuilletonistisch gehaltene Essays, die sich aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven mit Fragen und Aspekten rund um Föderalismus auseinandersetzen. Der Call for Papers läuft bis zum 8. April 2015 und richtet sich besonders, aber nicht ausschließlich, an den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Den Call for Papers können Sie hier herunterladen:
www.bpb.de/apuz.

APuZ

Nächste Ausgabe 14–15/2015 · 30. März 2015

Engagement

Adalbert Evers · Thomas Klie · Paul-Stefan Roß

Die Vielfalt des Engagements

Ansgar Klein

Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik

*M. Alberg-Seberich · H. Backhaus-Maul · S. Nährlich ·
A. Rickert · R. Speth*

Über die Zukunft von Engagement und Engagementpolitik

Annelie Beller · Rabea Haß

Der Bundesfreiwilligendienst – ein Erfolgsmodell für alle?

Haci-Halil Uslucan

Freiwilliges Engagement von Zuwanderern

Frank Gesemann · Roland Roth

Engagement im Quartier

Misun Han-Broich

Engagement in der Flüchtlingshilfe

Claudia Pinl

Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)
Barbara Kamutzki
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
An dieser Ausgabe wirkte Sascha Brüning
als Praktikant mit.
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
13. März 2015

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg)
werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- Andrea Hopp*
3–8 **Warum Bismarck?**
Otto von Bismarck gilt als Schlüsselfigur der deutschen und europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Sowohl in der Forschung als auch in der historisch-politischen Bildung hat sich unterdessen ein nüchterner und differenzierter Blick auf Person und Politik, eingebettet in ihre Zeit, durchgesetzt.
- Andreas Wirsching*
9–15 **Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“**
Bis heute bleibt es eine wichtige Frage, inwieweit Bismarck die problematische Tendenz in der deutschen Geschichte verstärkte, die Macht über das Recht, das Militärische über das Zivile und die staatliche Exekutive über die parlamentarisch-demokratische Willensbildung des Volkes zu stellen.
- Volker Ullrich*
15–22 **Der Mythos Bismarck und die Deutschen**
Schon zu Zeiten seines politischen Wirkens polarisierte Otto von Bismarck. Auch nach seinem Tod bewegten sich die Urteile über ihn stets zwischen Glorifizierung und Verdammnis. Erst heute ist an die Stelle leidenschaftlich umkämpfter kollektiver Erinnerung eine konsequente Historisierung getreten.
- Sandrine Kott*
22–28 **Bismarck-Bilder in Frankreich und Europa**
In Frankreich verkörperte Bismarck einerseits das kriegerische Deutschland und andererseits den „Schmied“ der geeinten deutschen Nation, der die europäischen Gleichgewichte respektierte. Mit der Zeit entwickelte sich ein Bild von Bismarck als „gutem Europäer“. Hat er tatsächlich eine gemeinsame europäische Dimension?
- Tilman Mayer*
28–33 **Was bleibt von Bismarck?**
Es ist nicht einfach, Bismarck im 21. Jahrhundert zu vergegenwärtigen. Wir können jedoch Aspekte des heutigen Deutschlands wie das Parteiensystem, die Stellung des Kanzlers oder die geopolitischen Herausforderungen betrachten und dabei einen Rückbezug auf Bismarck zulassen.
- Jürgen Zimmerer*
33–38 **Bismarck und der Kolonialismus**
Bismarck war ein Gegner jedes deutschen kolonialen Abenteuers und glaubte nicht an die wirtschaftlichen Verheißungen überseeischen Besitzes. Dennoch wurde er nicht nur zum Begründer des deutschen Kolonialreiches, sondern auch zu einer zentralen Figur bei der Aufteilung Afrikas im ausgehenden 19. Jahrhundert.